

FAU-MAT (Hrsg.)

Gender und Arbeit

Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus

Verlag Edition AV / FAU-MAT

Mit Beiträgen von:

**Tanja Carstensen &
Melanie Groß
Jürgen Mümken
Wolfgang N. Nacken
Hilde Hoherz
Sabine Groengroeft
FAU-IAA Ortsgruppe
Hamburg**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	7
Tanja Carstensen & Melanie Groß Feminismen: Strömungen, Widersprüche und Herausforderungen.....	11
Wolfgang N. Nacken Nieder mit dem Männlichkeitswahn	33
Hilde Hoherz 150 Jahre Hausfrau.....	39
Jürgen Mümken Schöne neue Arbeitswelt! Die neoliberale Transformation der Arbeit	53
Sabine Groengroeft Angst essen Seele auf oder gemeinsamer Kampf?	66
Nachwort der FAU-IAA Ortsgruppe Hamburg Anarchosyndikalismus und Gender heute.....	80
Literaturverzeichnis	86
Glossar.....	92

Einleitung

„Herrschaft hat für die Beherrschten keinen unmittelbaren Nutzen. Zur Erhaltung ihrer Herrschaft erfinden die Herrschenden deshalb unsinnige Rechtfertigungen (Ideologien). Egal, ob Herrschaft als ‚ewiges Naturgesetz‘ oder als ‚Gottgewollt‘ begründet wird, einig sind sich die Herrschenden darin, dass es zur Herrschaft keine Alternative gibt und geben darf. Die jahrtausendalte Unterdrückung von Frauen durch Männer wird durch ‚biologische Andersartigkeit‘ und ihre behauptete Minderwertigkeit begründet; ähnlich wird die Unterwerfung von Menschen anderer (...) Kulturen bis hin zur Vernichtung gerechtfertigt. Diese Rechtfertigungen beruhen auf den gegebenen materiellen Verhältnissen und spiegeln handfeste wirtschaftliche Interessen wider“ (aus der Prinzipienklärung der FAU-IAA).

Die FAU-IAA (Freie Arbeiter und Arbeiterinnen Union - Internationale ArbeiterInnen Assoziation) ist eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft. Das langfristige Ziel der anarchosyndikalistischen Bewegungen weltweit ist eine herrschaftsfreie, klassenlose Gesellschaft, d.h. eine Gesellschaft ohne Kapital und Staat, die auf Selbstverwaltung und Basisdemokratie an Stelle von Ausbeutung und Gewalt begründet ist. Der Anarchosyndikalismus verfolgt daher einen antikapitalistischen und antistaatlichen Ansatz, weil das Kapital notwendig an einen Staat bzw. an ein Gewaltmonopol gekoppelt ist und einen gewerkschaftlichen Ansatz, weil eine grundsätzliche gesellschaftliche Veränderung ohne die Einbeziehung des ökonomischen Bereiches nicht möglich ist, denn weder Selbstverwaltung noch Herrschaftsfreiheit werden in kapitalistischen Strukturen existieren können. Herrschaftsfreiheit und die Fähigkeit zur Selbstverwaltung sind keine Naturgesetze, sondern müssen erlernt und erkämpft werden.

Um diese Ziele zu erreichen, versuchen AnarchosyndikalistInnen Herrschaftsverhältnisse, wie Klassen, Sexismus, Rassismus und Nationalstaaten, die u.a. zu kapitalistischen Strukturen gehören, zu bekämpfen und schon heute selbstbestimmte Strukturen aufzubauen, in denen Herrschaftsverhältnisse auf allen Ebenen permanent aufgedeckt und abgebaut werden. Da eine Klassengesellschaft existiert, geht es dem Anarchosyndikalismus darum, die Macht und die Gewalt des kapitalistischen Systems dort anzugreifen, wo es am meisten weh tut: in der Produktionssphäre, d.h. in den Betrieben, aber auch in der Reproduktionssphäre, d.h. in den Schulen, Kindergärten und auch in den Familien.

In diesem Kontext standen auch die Überlegungen zu einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Gender und Arbeit - Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus“, welche im Herbst/Winter 2005 von der FAU-Hamburg organisiert wurde. Die nachfolgenden Texte sind überarbei-

tete Beiträge der ReferentInnen. Zentral zu den Vorüberlegungen zur Veranstaltungsreihe waren die Fragen danach,

- wie sich geschlechtshierarchische Arbeitsteilungen durchsetzen konnten,
- wie überhaupt Geschlechterrollen, also binäre Beziehungen zwischen ‚Männern‘ und ‚Frauen‘ konstruiert werden,
- weshalb sie konstruiert werden und warum der Kapitalismus überhaupt Geschlechterverhältnisse braucht, sowie
- welche Möglichkeiten es gibt, diese Verhältnisse zu dekonstruieren.

Geklärt wurde schließlich, dass die Entstehungsgeschichte von Geschlechterverhältnissen eng mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist, sowie dass konservative Diskurse und Strömungen, staatliche Regulationsweisen und Herrschaftstechnologien, wie Gesetze oder Wissenschaften versuchen, Männer- und/oder Frauenbilder und die geschlechtliche Arbeitsteilung als naturgegeben und unveränderbar darzustellen. Die Folge davon ist ein hierarchisches Geschlechterverhältnis, in dem Lohnarbeit zum Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses geworden ist. Aus diesen Widersprüchen haben sich neben einer ArbeiterInnenbewegung auch weitere auch feministische Bewegungen begründet, die Macht- und Herrschaftsverhältnisse entlang der Themenfelder Sexualität, Arbeit und Sozialisation analysieren und kritisieren.

Der Beitrag von Melanie Groß und Tanja Carstensen: „Feministische Theorien – Strömungen, Widersprüche und Herausforderungen“ setzt an diesen Themenfeldern an und gibt eine Einführung in verschiedene feministische Konzepte der letzten 30 bis 40 Jahre. Feministische Theorien setzen sich – bei aller Unterschiedlichkeit – seit ihrer Entstehung mit der Frage nach Geschlechterverhältnissen auseinander. Dabei geht es zumeist um die Analyse von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die sich in den Feldern Sexualität, Arbeit und Sozialisation entlang der Achse Geschlecht herausbilden und wirken. In den 1970er Jahren entstehen Theorien, die sich mit dem Verhältnis von Geschlecht und Kapitalismus auseinandersetzen: „Hausfrauisierung und Kolonisierung der Frau“ und „Mittäterschaft von Frauen“ werden viel diskutierte Theorien. Der Artikel stellt neben diesen strukturtheoretischen feministischen Positionen auch solche vor, die Geschlecht als soziale Praxis verstehen und damit den Blick auf soziale Interaktionen richten. Mit dem Konzept des „Doing Gender“ setzt sich Simone de Beauvoirs These geschärft: „Wir werden nicht als Frauen geboren, wir werden dazugemacht“. In den letzten 15 Jahren hat dieser Satz eine weitere Facette gewonnen: Ein wichtiger Strang im Kontext feministischer Theorien entwickelt sich, der weniger die Folgen des hierarchischen Geschlechterverhältnisses untersucht, sondern dessen Voraussetzung in Zentrum rückt. In diesem Kontext wird die Annahme der ‚Natürlichkeit‘ von Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität radikal kritisiert. Postkoloniale Theoriepositionen kritisieren zudem das koloniale Erbe der weißen westlichen feministischen Theoriebildung und demaskieren die Funktionsweise von ethnisierten Zuschreibungen bspw. an die ‚MigrantIn‘, als konstitutiv für ‚die deutsche Frau‘.

Im Mittelpunkt des Beitrages von Wolfgang A. Nacken: „Nieder mit dem Männerwahn!“ stehen Überlegungen zu "hegemonialen Männlichkeiten" und der damit verbunden Theorie des australischen Soziologen Robert Connell, welche eine weit reichende und zugleich schlüssige Erklärung bietet, weshalb ‚Männer so sind wie sie sind‘. Nach einer Vorstellung der Connellschen Theorie wird im zweiten Teil des Artikels die Entwicklung einer politischen Strategie erörtert, die ein anarchistisches Verhältnis der Geschlechter zum Ziel hat. Ansatzpunkt ist dabei die Dekonstruktion herrschender Männlichkeitsmythen.

Zur Durchsetzung neuer Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus bietet der Beitrag von Hilde Hoherz: „150 Jahre Hausfrau“ wesentliche Erklärungsansätze: Die sich im 19. Jahrhundert etablierende bürgerliche Gesellschaft geht davon aus, dass alle Frauen denselben Beruf haben: Hausfrau und Mutter. Qua Definition gilt das auch für die Frauen, die zum Beispiel in Fabriken Lohnarbeiten. Der sich entwickelnde Kapitalismus schafft sich durch den Zugriff auf die nicht entlohnte Hausfrauenarbeit eine kostengünstige Reproduktion der Arbeitskraft: Die weibliche Reproduktionsarbeit wird zum komplementären Arbeitsverhältnis zur männlichen Lohnarbeit. Mit ihren knapp 150 Jahren ist die Hausfrau noch relativ jung. Erst Ende des 19. Jahrhunderts wird sie als Arbeits- und Geschlechterverhältnis durchgesetzt und als Modell so umfassend festgezurr, dass es schon nach wenigen Generationen als immer da gewesen und naturgegeben erscheint. Das Fazit dieses Beitrages lautet, dass dieses neue Arbeits- und Geschlechterverhältnis nicht gottgegeben ist, denn Frauen werden ebenso wenig freiwillig zu Hausfrauen, wie Männer freiwillig zu Lohnabhängigen werden.

Um die neoliberale Transformation der Arbeit geht es in dem Beitrag von Jürgen Mümken. In seinem Artikel „Schöne neue Arbeitswelt!“ geht es um die Repräsentation und Bedeutung der Arbeit im Neoliberalismus. Arbeit ist kein ontologisches oder ahistorisches Phänomen, sondern Ausdruck eines gesellschaftlichen Verhältnisses. Was unter Arbeit verstanden wird, wie sie organisiert ist und wie sie gesellschaftlich repräsentiert wird, unterliegt einem gesellschaftlichen Wandel. Die neoliberalen Transformationen der Arbeit haben weit reichende Konsequenzen für die gegenwärtige Verfassung der Gesellschaft, für die antikapitalistischen Kämpfe und gewerkschaftliche Organisierung. Dieser Prozess bringt neue Formen von Subjektivitäten hervor, die unmittelbar mit einer neoliberalen und post-tayloristischen Arbeitsorganisation verknüpft sind. Ausgehend davon stellt Mümken Diskurse vor, die versuchen, die neoliberale Transformation der Arbeit innerhalb eines entgrenzten Kapitalismus begrifflich und theoretisch zu fassen. Unter Entgrenzung ist der Zugriff des Kapitalismus auf das ganze Leben zu verstehen, das Ende der Teilung von „Arbeit und Leben“, von Freizeit und Arbeitszeit, von Arbeitsplatz und Zuhause. Die „Kultur des neuen Kapitalismus“ führt zu einer Flexibilisierung von Zeit und Raum jedes einzelnen Menschen. Ausführlicher wird dann auf den Begriff der „sexuellen Arbeit“ und des „unternehmerischen Selbst“ eingegangen.

Der Beitrag von Sabine Groengroeft: „Angst essen Seele auf oder gemeinsamer Kampf?“ wirft einen Blick auf zwei prägnante und wichtige Begriffe der Kritischen Psychologie: die restriktive und die verallgemeinerte Handlungsfähigkeit. In diesem Kontext stehen die Fragen: Welche Möglichkeiten habe *ich*, mich zu den Widersprüchen der „bürgerlichen“ Gesellschaft und ihren Praktiken, Handlungsformen zu verhalten? Kann ich mich ihren Handlungsformen verweigern? Wo habe ich Einfluss auf Veränderungsprozesse? Was passiert, wenn

ich mich ihnen anpasse, unterwerfe? Welche Risiken kann ich überhaupt eingehen? Als AngestellteR, als Mensch, als ErwerbsloseR, als Ich-AG? Welche Probleme tauchen dabei für mich auf und wie kann ich sie überwinden? Klaus Holzkamp – der Begründer der Kritischen Psychologie geht von einer dezidiert subjektiven Perspektive aus. Dabei geht es ihm um die Ermächtigung von Individuen im Sinne einer realen Erweiterung ihrer individuellen Verfügungsmöglichkeiten über ihr Leben und darüber hinaus um die Probleme, die bei diesem „Sich-verhalten-zu-etwas“ oder „Sich-nicht verhalten zu etwas“ entstehen können. Groengroeft betont die zentrale Prämisse kritisch-psychologischen Denkens: Menschen schaffen Verhältnisse und können somit auch Verhältnisse ändern. Sie sind ihnen nicht hilf- und alternativlos ausgesetzt. Wenn neoliberale oder neokonservative Diskussionen in ihrer Wortwahl nahe legen wollen, etwa Globalisierungsprozesse, Männer- oder Frauenbilder seien quasi naturgegeben und damit unveränderbar, wird mit der Kritischen Psychologie dieser einseitige Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse korrigiert.

Während der Veranstaltungsreihe wurden nicht nur die Analyse und Kritik der gegenwärtigen Strukturen diskutiert, sondern es wurden auch weiterführende Fragen entwickelt:

- Welche Möglichkeiten gibt es, sich in der „bürgerlich-kapitalistischen“ Gesellschaft zu verhalten?
- Wo haben wir Einfluss auf Veränderungsprozesse?

Das Nachwort der FAU-IAA Ortsgruppe Hamburg beinhaltet die Reflexion dieser Fragen und der Veranstaltungsreihe, sowie weitergehende Strategien in Bezug auf die Veränderung der gegenwärtigen Verhältnisse.

Zum besseren Verständnis zentraler Begriffe aus den Beiträgen und zu dem Thema „Gender und Arbeit“ ist diesem Buch ein Glossar beigelegt.

Tanja Carstensen & Melanie Groß;
Feminismen: Strömungen, Widersprüche und
Herausforderungen

Einleitung

Feminismus und Feministische Theorie sind im Singular nicht zu haben. Seit den Anfängen des universitären Feminismus in den 1970er Jahren haben sich verschiedene Perspektiven und Schwerpunkte entwickelt. In diesem Artikel versuchen wir, dieses komplexe Gebilde an Feminismen und feministischen Theorien vorzustellen und ihre jeweiligen Stärken und Schwächen aufzuzeigen, um die Beiträge und Erkenntnisse der unterschiedlichen Ansätze zu würdigen. Die Auswahl, die wir treffen, erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll einige wichtige Linien widerspiegeln. Der Schwerpunkt liegt auf der sozialwissenschaftlichen gesellschaftskritischen Debatte im deutschen Sprachraum.

Feministische Theoriebildung im Kontext der Neuen Frauenbewegung

Ende der 1960er begannen an den deutschen Universitäten Studentenproteste, die sich unter anderem aus der Kritik am Vietnamkrieg, an der Politik der Großen Koalition, am Wettrüsten im Kontext des Kalten Kriegs, an der fehlenden Auseinandersetzung mit den Verbrechen des deutschen Faschismus sowie an dem gesellschaftlichen Werte- und Normengefüge z.B. in Bezug auf Sexualität und Erziehung entwickelte. Allerdings zeigte sich bald, dass diese Bewegung, die sich als Befreiungs- und Emanzipationsbewegung für alle Menschen bzw. die ganze Gesellschaft verstand, blinde Flecken besaß. Die Studentenbewegung war in weiten Teilen eine Bewegung männlicher Studenten; viele Studentinnen sahen ihre Interessen dort nur bedingt vertreten. Sie kritisierten die männlichen Studenten für deren ‚patriarchales Gehabe‘ und begannen sich zunehmend in eigenen Gruppen zu organisieren, in denen sie sich mit ihrer Identität und Geschichte auseinandersetzten.¹ Die dabei entstehende Bewegung nannte sich die Neue oder die Zweite Frauenbewegung. Damit verwies sie auf die Frauenbewegung Ende des 19. Jahrhunderts und machte sie sichtbar, denn weder in den Schulen noch in den Universitäten waren deren Kämpfe bis dahin thematisiert worden. Die Neue Frauenbewegung bestand im Kern zunächst aus Selbsterfahrungsgruppen und Kampagnen;

¹ Dass aus der Kritik an Ausschlüssen, die von politischen Bewegungen produziert werden, neue Bewegungen entstehen können, ist kein Einzelfall, vielmehr zeigt sich dieses Phänomen an verschiedenen Stellen der feministischen Theoriebildung, z.B. an der Geschichte von queerer und Postkolonialer Theorie (vgl. auch die entsprechenden Abschnitte in diesem Artikel).

zudem entstand eine Vielzahl autobiographischer Romane.² Zentrale Themen waren u.a. der Paragraph 218, die Erfahrungen mit patriarchaler Gewalt und Unterdrückung, Sexualität und die geschlechtliche Arbeitsteilung in bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Haus- und Sorgearbeit.

Ab Mitte der 1970er Jahre entstanden in diesem Kontext auch die ersten Ansätze feministischer Theorien. So wie die Frauenbewegung sich aus der Kritik an und der Abgrenzung von der Studentenbewegung gründete, so verstand sich die nun entstehende feministische Wissenschaft als Korrektiv und als Gegenbewegung zur herrschenden, androzentrisch geprägten Wissenschaft (vgl. Treibel 1994: 68). Insbesondere Historikerinnen und Sozialwissenschaftlerinnen begannen nun damit, die ausgeblendeten Themen ihrer Disziplinen zu erforschen und Frauen als Subjekte in die Theorien und Konzepte zu integrieren. Sie kritisierten, dass Frauen in der *malestream*-Wissenschaft nicht oder höchstens als Mütter, Ehefrauen, Lebensgefährtinnen, Töchter oder ‚das Andere‘ vorkamen, d.h. dann, wenn es um die Privatsphäre oder Familie ging, nicht aber als arbeitende Menschen oder AkteurInnen, die Geschichte und Gesellschaft verändern und gestalten. Mit dieser Kritik wurde sichtbar gemacht, dass – meist unbewusst – von Männern ausgegangen wird, wenn in Theorien und Konzepten von Menschen die Rede ist, dass Männer also implizit als Norm gelten.

Für Historikerinnen stellte sich die Aufgabe, nach den verschwiegenen und vergessenen Frauen und der ausgeblendeten Frauengeschichte zu forschen und diese sichtbar zu machen. Gegenstand von Forschungen wurden damit beispielsweise die Hexenverbrennungen oder die Rolle der Frauen während der Französischen Revolution. Auch in den Sozialwissenschaften arbeiteten Feministinnen daran, die „Unsichtbarkeit der Frauen in der Soziologie“ (Oakley 1978) zu überwinden. Hier widmeten sich die Forscherinnen schwerpunktmäßig „der Situation“ und „dem Lebensalltag“ von Frauen, dem so genannten „weiblichen Lebenszusammenhang“ (Prokop 1976) in der gesellschaftlichen Gegenwart, und damit Themen, die bis dahin von der Soziologie unbehandelt geblieben waren.

Mit diesen Themen entstand, zunächst unter dem Label „Frauenforschung“, ein neuer Zweig innerhalb der Sozialwissenschaften, der nicht nur neue Forschungsfelder und Gegenstände identifizierte und untersuchte, sondern zudem ein neues Selbstverständnis von Wissenschaft und Forschung formulierte. Im Gegensatz zu einem Großteil der herrschenden Theorien und Konzepte trat feministische bzw. Frauenforschung explizit mit dem Ziel an, Wissenschaft in den Dienst der Frauenbewegung, d.h. der politischen Praxis zu stellen. Das Anliegen war nicht nur, neue Erkenntnisse zu gewinnen und unberücksichtigte Fragen zu untersuchen, sondern die Forschung sollte dem Ziel dienen, Frauenunterdrückung und -ausbeutung aufzuheben. 1978 formulierte Maria Mies die (nicht unumstrittenen) „Methodischen Postulate der Frauenforschung“, in denen sie u.a. folgende Organisationsprinzipien für die Frauenforschung formuliert: bewusste Parteilichkeit für die Aufhebung der Frauenunterdrückung, die Sicht von unten, d.h. Forschung aus der Sicht der Unterdrückten, die Integration der Forschung in die aktive Praxis, um konkrete Emanzipationsprozesse voranzutreiben, und das

² Beispielsweise Anja Meulenbelts „Die Scham ist vorbei“ (1978).

Prinzip der Veränderung des Status quo als dynamisches Element des Erkenntnisprozesses (vgl. Mies 1978; auch Treibel 1994: 70). Eine solche aktionistisch ausgerichtete feministische Wissenschaft folgt nach diesem Verständnis nicht (nur) irgendwelchen Forschungslücken, sondern ist an den strategischen Erfordernissen der politischen, mit emanzipatorischen Zielen verknüpften Praxis ausgerichtet. Mit diesem Anspruch wurden Vorstellungen einer ‚objektiven‘ Wissenschaft, wie sie in der herrschenden Sozialwissenschaft vertreten wurden, abgelehnt, da deutlich wurde, dass diese trotz ihres Anspruchs auf Objektivität mit der Ausklammerung des weiblichen Lebenszusammenhangs und historischer Geschehnisse wie der Ersten Frauenbewegung wichtige Teile gesellschaftlicher Wirklichkeit unerforscht gelassen hatten. Wie die Sichtbarmachung solcher blinden Flecken deutlich machte, hatte Wissenschaft implizit nur männliche Lebenswelten in den Blick genommen und war damit keineswegs objektiv.

In der Folge dieser Entwicklungen und Diskussionen entwickelten sich nun verschiedene Ansätze feministischer Theorien, die sich sowohl in ihrer inhaltlichen Schwerpunktsetzung als auch hinsichtlich der eingenommenen Perspektiven und Standpunkte sowie den zugrunde gelegten Konzeptionen von ‚Geschlecht‘ unterscheiden. Einige dieser Ansätze werden nun im Folgenden vorgestellt.

Hauptwiderspruch oder Nebenwiderspruch? Kapitalismus und Patriarchat

Eine erste wichtige Linie der feministischen Debatten kreist um die Frage nach dem Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen System und den Geschlechterverhältnissen. Im Gegensatz zu späteren Ansätzen wird hier eine Makroperspektive eingenommen, d.h. für die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse werden nicht einzelne Individuen betrachtet und untersucht, wie diese sich verhalten. Vielmehr wird ganz bewusst der Fokus auf die gesamte Gesellschaft gerichtet, um die gesellschaftlichen Strukturen und sozialen Ungleichheiten, Unterdrückungs- und Machtverhältnisse sichtbar machen zu können.

Sozialistische und marxistische Feminismen

Da der Forschungs- und Arbeitszusammenhang vieler Frauenforscherinnen in den 1970er und 1980er Jahren marxistisch und sozialistisch geprägt war, war es nahe liegend, dass sie zunächst vor allem die Verschränkung von Kapitalismus und Patriarchat³ analysierten. Die

³ Der Begriff Patriarchat bezeichnet Männerherrschaft, eine Form der Geschlechterhierarchie bzw. das System gesellschaftlicher Strukturen, in dem Frauen in vielfacher Weise benachteiligt, diskriminiert und ausgegrenzt werden (vgl. Treibel 1994: 74). Dass gegenwärtige Gesellschaften patriarchalisch strukturiert sind, wird u.a. deutlich an der Struktur des beruflichen Sektors oder am familialen bzw. Beziehungssektor. Frauen werden schlechter entlohnt als Männer, es besteht eine gegen Wandel relativ resistente geschlechtliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern mit ungleicher Bewer-

zentrale Frage lautet dabei, welcher Ausbeutungsmechanismus der zentrale ist, d.h. ob Frauenunterdrückung nur ein Nebeneffekt oder die notwendige Voraussetzung des Kapitalismus ist. Sozialistische und marxistische Feministinnen⁴ gehen davon aus, dass Geschlechteregalität im Kapitalismus nicht möglich ist. Die Unterdrückung von Frauen wird als grundlegendes Merkmal des Kapitalismus betrachtet. Kapitalismus und Patriarchat müssen notwendigerweise ko-existieren und stützen sich gegenseitig. An marxistischen Theorien wird kritisiert, dass Fragen der Produktion zu stark im Vordergrund stehen und die Unterdrückung von Frauen zum so genannten Nebenwiderspruch ‚verharmlost‘ wird. Feministische Perspektiven auf die marxistische Theorie beziehen dagegen neben der Produktions- auch die Reproduktionssphäre sowie die geschlechtliche Arbeitsteilung in ihre Analysen mit ein. Marxistische Begriffe, insbesondere der Arbeitsbegriff, werden neu gedacht, um die Rolle von Frauen in der Reproduktion zu begreifen.⁵ Dabei geht es nach Frigga Haug um eine

„Kritik der Produktionsweise des Kapitalismus, die auf Frauenunterdrückung in Form der Aneignung unentlohnter Arbeit basiert und des Fraueneinsatzes in geschlechtstypischer Arbeitsteilung bedarf; dies um eine Gesellschaft zu reproduzieren, die sich einer Produktionsweise nach Profitlogik verschrieben hat, in der praktisch die Wiederherstellung der Gattung ebenso wenig vorgesehen ist wie diejenige der sonstigen Naturressourcen“ (Haug 2004: 49).

Auch Ursula Beer (1991) geht davon aus, dass es ohne die Existenz von Geschlechtern kein Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital geben kann. Patriarchale Strukturen greifen deshalb so gut, weil sie ökonomisch und privat verankert sind. Das Grundprinzip kapitalistischer Gesellschaften folgt einer geschlechtshierarchischen Logik: Frauen sind für reproduktive, d.h. gebärende, versorgende, sorgende und emotionale Arbeiten zuständig und Männer für produktive. Dies spiegelt sich nicht nur in der Zuständigkeit der Frauen für Haus- und Sorgearbeit und der Männer für bezahlte Arbeit, sondern auch innerhalb der Lohnarbeit: So sind für erwerbstätige Frauen diejenigen Tätigkeiten vorgesehen, die reproduktiv sind: Krankenschwester, Lehrerin, Kindergärtnerin etc. Die Individuen sind dem Lohnarbeitsverhältnis damit immer als Frauen oder Männer unterworfen, nie nur als ‚geschlechtsneutrale‘ Lohnabhängige. Lohnarbeiterinnen sind damit in doppelter Weise ausgebeutet und ohnmächtig, zum einen als Lohnabhängige und zum anderen aufgrund ihres Geschlechts.

Für die Ausprägung der Geschlechterverhältnisse ist aus Sicht sozialistisch-marxistischer Feministinnen, aber auch aus Sicht weiter Teile anderer Feminismen, die Entstehung der bürgerlich-industrialisierten Gesellschaft und die Auslagerung der Produktion aus dem so genannten „Ganzen Haus“ Ende des 18. Jahrhunderts eine zentrale Entwicklung. Das Ganze Hause war eine Produktionseinheit, an der alle im Haus Lebenden beteiligt waren. Mit der Entstehung von Fabriken und Büros wurden die Mehrwert produzierenden Tätigkeiten aus

tung der verschiedenen Tätigkeiten; darüber hinaus ist sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen alltäglich.

⁴ Zu den Unterschieden zwischen sozialistischen und marxistischen Feminismen, die in diesem Artikel vernachlässigt werden, vgl. beispielsweise Frey (2003: 42ff).

⁵ Die feministische Kritik am marxischen Arbeitsbegriff, die verdeutlicht, dass unentlohnte Frauenarbeit gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, führte u.a. zu Forderungen nach Lohn für Hausarbeit.

dem Haus verlagert. Dem Mann wurde nun die außerhäusliche und öffentliche Produktions-sphäre zugewiesen, der Frau die innerhäusliche und private Reproduktionssphäre.

Gestützt und legitimiert wurde diese Arbeitsteilung durch eine Zuweisung und Neudefinition charakteristischer und polarer Eigenschaften zu Männern und Frauen auf eine Weise, wie es sie vorher nicht gegeben hatte. Die uns heute noch vertraute Auffassung, dass Männer und Frauen Gegensätze darstellen, entstand erst im Zuge der Trennung von häuslicher und außerhäuslicher Arbeit. Die bürgerliche Gesellschaft stellte Geschlechterbilder her, die die neue Trennung von Tätigkeiten plausibilisierte und stabilisierte. Typische Beispiele für die polaren Eigenschaften, die den Geschlechtern zugewiesen wurden, sind rational-emotional, öffentlich-privat, Kultur-Natur. Hierin enthalten ist gleichzeitig eine Hierarchisierung, die dem Mann eine übergeordnete Position in der Gesellschaft zuweist, da die männlichen Eigenschaften höher bewertet werden. Diese „Polarisierung der Geschlechtscharaktere“ (Hausen 1976) wurde auch durch Biologie und Medizin gestützt, die daran arbeiteten, die ‚Andersartigkeit‘ von Frauen zu untersuchen (vgl. auch Honegger 1991).

Doppelte Vergesellschaftung von Frauen

An diese Analysen sozialistischer und marxistischer Feministinnen schließt auch Regina Becker-Schmidts These der doppelten Vergesellschaftung von Frauen an. Sie steht in der Tradition der Kritischen Theorie, die mit marxistischen Theorien verwandt ist. Der Begriff „doppelte Vergesellschaftung“, d.h. das doppelte Eingefügtsein in die gesamtgesellschaftlichen Lebens- und Produktionsbedingungen meint, „dass Frauen über zwei unterschiedlich und in sich widersprüchlich strukturierte Praxisbereiche in soziale Zusammenhänge eingebunden sind“ (Becker-Schmidt 2004: 65), nämlich zum einen in die Privatarbeit und zum anderen in die Erwerbsarbeit, in denen jeweils unterschiedliche Handlungslogiken vorherrschen.

Die doppelte Vergesellschaftung ist nicht nur eine *materiell-ökonomische*, die sich in ungleicher Bezahlung ausdrückt, sondern hat auch *ideologisch-herrschaftliche* Implikationen. Vorstellungen und Ideologien von dualen Geschlechterverhältnissen und ungleiche gesellschaftliche Bewertungen der Tätigkeiten stützen die materiell-ökonomischen Hierarchien und werden von diesen gestützt. Darüber hinaus kommt es über eine *innere* Vergesellschaftung zu kollektiven Ausprägungen von psychischen und mentalen Persönlichkeitsstrukturen. Diese ideologischen und psychologischen Mechanismen stabilisieren die Geschlechterhierarchien und werden zugleich auch von ihnen geprägt. Sie sorgen dafür, dass die einzelnen das System der Arbeitsteilung für richtig und sinnvoll halten (vgl. Becker-Schmidt 1990; auch Treibel 1994: 256ff).

Ökofeminismus: Kolonisierung und Hausfrauisierung

Zentral für die sozialistischen und marxistischen Feministinnen ist, dass die „Geschlechterdifferenz“ in erster Linie gesellschaftlich bzw. ökonomisch erklärt wird. Damit unterscheiden sich sozialistisch-marxistische Feminismen von Ökofeminismen, wengleich auch hier die Analyse von Kapitalismus und Patriarchat im Mittelpunkt steht. Einschränkend muss darauf hingewiesen werden, dass es nicht ‚den Ökofeminismus‘ gibt, sondern verschiedene, teilweise auch widersprüchliche Strömungen, die unter diesem Etikett gesammelt werden (ausführlicher vgl. Frey 2003: 39f). Wir beziehen uns im Folgenden auf den Strang des Ökofeminismus, der die körperlichen bzw. biologischen Unterschiede von Männern und Frauen zum Erklärungsansatz macht und damit eine aus heutiger Sicht wegen seines Essentialismus stark kritisierte Argumentation repräsentiert:

Auch Ökofeministinnen gehen davon aus, dass Kapitalismus nicht ohne Patriarchat funktionieren kann. Der sog. Bielefelder Ansatz – dahinter stehen Feministinnen wie Veronika Bennholdt-Thomsen, Claudia von Werlhof und Maria Mies – betrachtet die Geschlechterpolaritäten im Zusammenhang mit den kapitalistischen Strukturen. Sie gehen davon aus, dass die hierarchische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und die damit zusammenhängende Ausbeutung von Frauen den „Grundstock und Schlußstein aller weiteren Ausbeutungsverhältnisse“ (Werlhof/Mies/Bennholdt-Thomsen 1983: IX) darstellen. Alle anderen Ausbeutungsverhältnisse, die Kolonisierung der Welt, die Ausbeutung von Natur, Territorien und Menschen, folgen demselben Muster. Zwei Prozesse waren dabei für die Durchsetzung des strukturellen Prinzips der Höherbewertung von Männerarbeit erforderlich: Kolonisierung und Hausfrauisierung. Damit ist gemeint, dass Frauen und Kolonien eine Gemeinsamkeit haben. Beide gehören nicht zur eigentlichen Gesellschaft, die aus männlichen Lohnarbeitern und Kapitalisten besteht, sondern gelten als Naturressourcen wie Wasser, Luft, Erde und werden dementsprechend als solche behandelt: Sie werden ausgebeutet und kolonisiert.

So wie die Kapitalisten aus den Zentren der Welt Land, Menschen und Naturressourcen aus Afrika, Asien, Zentral- und Südamerika aneignen, um deren Rohmaterial, Produkte und Arbeitskräfte auszubeuten, wurde die Kleinfamilie in der bürgerlichen Gesellschaft als privates Territorium definiert. So erhielten die proletarischen Männer ebenfalls ihre Kolonien, nämlich die Familie und die domestizierte Hausfrau. Die Hausfrau ist hiernach eine spezifische und höchst wichtige Erfindung im Kapitalismus, mit der sich die praktisch unvergütete Doppelarbeit der Frauen weltweit durchsetzt. Die Hausfrauisierung ist die billigste Form, sich die Reproduktion der Arbeitskraft anzueignen, und hat zur Diskriminierung und Ausbeutung von weiblicher Arbeit insgesamt (Haus- und Lohnarbeit) geführt (vgl. Mies 1988; auch Treibel 1994: 80 sowie Hilde Hoherz in diesem Band).

Maria Mies (1988) geht in ihrer Analyse historisch weiter in die Vergangenheit als bis zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft. Sie beginnt ihre Untersuchung bei den Sammlerinnen und Jägern und verdeutlicht damit zweierlei: Zum einen zeigt sie, dass bereits dort mit dem Sammeln als weiblicher Tätigkeit und dem Jagen als männlicher Tätigkeit eine geschlechtliche Arbeitsteilung bestand. Zum anderen argumentiert sie, dass Frauen die eigentlich wichtige Arbeit verrichtet haben, da das Sammeln für die Existenzsicherung wichtiger

war als das Jagen. Das Patriarchat, das es nach Mies schon seit Beginn menschlicher Gesellschaften gibt, hat sich dann im Verlauf der Jahrhunderte weiterentwickelt. Im Kapitalismus wurde die Arbeit der Frauen zu Liebesarbeit umdefiniert, d.h. die Frau putzt und kocht nun, weil sie liebend ihren Mann umsorgt. Dieses Prinzip ist funktional für den Kapitalismus, weil dadurch gesamtgesellschaftlicher Profit entsteht: Frauen arbeiten unbezahlt, wodurch auch die Löhne der Männer niedrig gehalten werden können.

Mies begründet die geschlechtliche Arbeitsteilung damit, dass Frauen und Männer einen völlig unterschiedlichen Gegenstandsbezug zur Natur haben, und zwar aufgrund ihrer unterschiedlichen Körper. Der weibliche Körper, der gebären und stillen kann, sei der Natur viel näher als der männliche Körper. Männer hingegen seien nur durch Werkzeuge produktiv (vgl. ebd.: 174). Mies versteht Gebären und Nähren nicht als rein biologische Vorgänge, sondern als Arbeit und entwickelt damit einen Arbeitsbegriff, der nicht nur die bezahlte Erwerbsarbeit, sondern alle produktiven Tätigkeiten, bezahlte wie unbezahlte, umfasst. Nach Mies sind Frauen also die eigentlich produktiven Wesen. Im Ökofeminismus gelten Frauen und Männer damit als grundsätzlich verschieden, vor allem werden „Weiblichkeit“ und „weibliche“ Eigenschaften dabei aufgewertet.

Die Ansätze, die sich mit dem Zusammenhang von Kapitalismus und Patriarchat auseinandersetzen, eint also die Kritik an den gesellschaftlichen Strukturen und der Blick auf die Unterdrückung von Frauen als radikalste Form gesellschaftlicher Unterdrückungsverhältnisse sowie die Gewalt gegen Frauen. Sie stellen das Gesellschaftssystem grundsätzlich in Frage, im Gegensatz zu feministischen Ansätzen, die ‚systemimmanent‘ eine bessere Stellung von Frauen fordern, wie z.B. die liberalen und bürgerlichen Feminismen. Zentrale Themen sind neben Gewalt auch Sexualität und die geschlechtliche Arbeitsteilung. Als Konsequenz aus diesen Ansätzen ergibt sich die Forderung nach autonomen Frauenstrukturen und Frauenräumen. Frauenunterdrückung wird als notwendiges, strukturelles Merkmal des Weltkapitalismus betrachtet, und es wird darauf insistiert, dass der Geschlechterantagonismus nicht nur ein Nebenwiderspruch des Kapitalismus ist.

Perspektivverschiebung: Von der Kritik am Opferbild der Frauen im Patriarchat zur Mittäterschaft von Frauen

Trotz der grundsätzlichen Infragestellung der gesellschaftlichen Verhältnisse arbeiten auch die oben beschriebenen Ansätze mit ungewollten blinden Flecken. So wird der Ökofeminismus für seine biologistische Argumentation und seinen inhärenten Essentialismus kritisiert. Kritik an beiden Ansätzen, also Ökofeminismus und sozialistisch-marxistischem Feminismus, bemängelt u.a. den implizit heterosexuellen Blick auf die Geschlechterverhältnisse, in denen andere Lebensformen ausgeblendet werden. Zudem enthalten die vorgestellten patriarchatskritischen Theorien eine Vorstellung von Frauen als Opfer. Damit wird das Bild von ohnmächtigen, passiven, nur reagierenden und der männlichen Gewalt hilflos ausgelieferten Frauen auch von Feministinnen reproduziert. Gerade die differenztheoretischen Konzepte, die von einer grundsätzlichen Verschiedenheit von Männern und Frauen ausgehen, rekurre-

ren häufig auf den Opferstatus der Frauen – Frauen seien Opfer von sexualisierter Gewalt, Opfer ungleicher Entgelte, usw.

Die Kritik an diesem Bild von Frauen als kollektive Opfer sorgte innerhalb des Feminismus für eine wichtige Perspektivverschiebung. Mit dem durch Christina Thürmer-Rohr 1983 eingeführten Begriff der „Mittäterschaft“ wurde deutlich, dass auch Frauen an der Aufrechterhaltung der patriarchalischen Strukturen beteiligt sind und diese mitgestalten. Auch Frauen halten an den Unterschieden zwischen Frauen und Männern fest und stellen damit das System der Geschlechterverhältnisse immer wieder her. Frauen machen sich mitschuldig, indem sie weg sehen, still halten, Männer in Schutz nehmen, akzeptieren usw.:

„Mittäterschaft geht von der These aus, dass Frauen in der patriarchalen Kultur Werkzeuge entwickeln und sich zu Werkzeugen machen lassen, mit denen sie das System stützen und zu dessen unentbehrlichen Bestandteil werden können (...). Frauen werden nicht nur unterdrückt, missbraucht und in ein schädigendes System verstrickt, sondern steigen auch eigentätig ein, gewinnen Privilegien, ernten fragwürdige Anerkennung und profitieren von ihren Rollen, sofern sie sie erfüllen“ (Thürmer-Rohr 2004: 85f).

Thürmer-Rohr hat mit der Einführung dieses Begriffs in die feministische Debatte im deutschsprachigen Raum erreicht, dass die Mitgestaltung der Geschlechterverhältnisse durch Frauen in den Blick genommen und nicht mehr von einer Prägung der Gesellschaft auf das passive weibliche Individuum ausgegangen wird. Hierdurch wurde neben der selbstreflexiven Kritik an der Mittäterschaft auch der Blick auf Frauen als aktive und entsprechend auch als wehrhafte Individuen betont.

Doing Gender: Geschlecht als aktives Handeln

Mit dem Begriff der Mittäterschaft ist bereits angesprochen, dass die Individuen, Frauen wie Männer, an der Stabilisierung und Reproduktion bestehender Geschlechterverhältnisse teilhaben. Damit wird auch deutlich, dass Geschlechterverhältnisse nicht nur als Strukturen bestehen und auf Individuen wirken, sondern von den Individuen mitgetragen, aufrechterhalten oder auch verändert werden. Mit dem Blick auf die Mikroebene von Gesellschaft und damit auf den Alltag der Individuen, die alltäglichen Bedingungen und Situationen und die sozialen Interaktionen werden aufschlussreiche Sichten auf die Frage eröffnet, wie Geschlecht immer wieder hergestellt wird, wie Frauen und Männer als solche erkannt werden und wie Frauen und Männer sich selbst als solche wahrnehmen (vgl. Treibel 1994: 133).

Im Gegensatz zum essentialistischen Ökofeminismus, der die gesellschaftliche Situation von Frauen aus den körperlichen Unterschieden ableitet, lehnen Mikro-Ansätze biologische bzw. biologistische Erklärungen ab. Stattdessen wird die Unterscheidung zwischen ‚sex‘ und ‚gender‘ zentral, und damit verbunden das Interesse feministischer Forschung an der sozialen Geschlechterdifferenz und soziologischen Erklärungen für mögliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Unter ‚sex‘ wird dabei das biologische Geschlecht verstanden,

das sich über die körperlichen Unterschiede definiert, unter ‚gender‘ das soziale Geschlecht, die Geschlechterrollen und -identitäten.

Im Mittelpunkt stehen die sozialen Praktiken, anhand derer Männer und Frauen unterschieden werden. Dieses ‚doing gender‘ zu untersuchen bedeutet, Geschlecht nicht als Eigenschaft oder Merkmal von Individuen zu betrachten, sondern die sozialen Prozesse zu untersuchen, in denen Geschlechtszugehörigkeit als Unterscheidung erst hervorgebracht bzw. reproduziert wird. Die zentrale Annahme ist also, „dass Geschlechtszugehörigkeit und Geschlechtsidentität als fortlaufender Herstellungsprozess aufzufassen sind, der zusammen mit faktisch jeder menschlichen Aktivität vollzogen wird und in den unterschiedliche institutionelle Ressourcen eingehen“ (Gildemeister 2004: 132). Geschlechtszugehörigkeit gilt hier nicht mehr als ‚natürlicher Ausgangspunkt‘ für Unterscheidungen menschlichen Verhaltens, sondern als Ergebnis von Handeln und Bedeutungszuweisungen.

Da die Annahme natürlicher, angeborener oder kulturübergreifend gültiger Geschlechtsunterschiede abgelehnt wird, gilt u.a. der Sozialisation besonderes Interesse. Durch die Erziehungsinstitutionen, so die Annahme, werden Individuen zu Menschen mit weiblichen oder männlichen Identitäten ‚gemacht‘. Die Idee wurde von Simone de Beauvoir bereits in „Das andere Geschlecht“ (1951) aufgeworfen, mit dem berühmt gewordenen Satz „Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es“, der u.a. von Ursula Scheu (1977) in der Neuen Frauenbewegung wieder aufgegriffen wurde („Wir werden nicht als Mädchen geboren, wir werden dazu gemacht“).

Wichtige Impulse für diese feministische Strömung stammen aus der Ethnomethodologie. Dieser sozialwissenschaftliche Ansatz widmet sich der Untersuchung von Interaktionen, Rollen und Darstellungen. Erving Goffman (1983) betrachtet unsere Gesellschaft beispielsweise als eine Bühne, auf der wir alle Theater spielen. Unser Alltag besteht aus einer permanenten Selbstdarstellung, wir sind ständig damit beschäftigt – zum Teil mehr, zum Teil weniger bewusst – uns selbst darzustellen, etwas zu repräsentieren und Rollen zu erfüllen. Wir disziplinieren uns und kontrollieren unsere persönliche Fassade (über Kleidung, Körperpflege, Haltung, Bewegung, Geschwindigkeit, Gang, Gesten, Mimik) und versuchen uns situationsangemessen zu verhalten. Dies gilt auch für unsere Geschlechterrollen: Wir sind nicht ‚an sich‘ bereits Frauen und Männer, sondern arbeiten permanent daran weiter, uns als männlich oder weiblich zu inszenieren (mit unterschiedlichen Facetten und dem jeweiligen Alter, Milieu etc. entsprechend), und wir bestätigen unsere Gegenüber, unsere jeweiligen InteraktionspartnerInnen, in ihren Darstellungen. Wie groß die gesellschaftliche Erwartung an die Übernahme einer eindeutig männlichen oder eindeutig weiblichen Rolle ist, wird dabei an den Irritationen deutlich, die entstehen, wenn wir es mit Personen zu tun haben, deren alltägliches ‚Theaterspiel‘ bzw. Auftreten sich nicht eindeutig in die uns bekannten Schemata für Männer und Frauen einordnen lassen.

Gleichzeitig erweisen sich diese Attributionsmuster als hochflexibel. Unstimmigkeiten können bis zu einem gewissen Grad verarbeitet werden. Frauen können durchaus als ‚unweiblich‘ gelten, ohne dass sie dadurch zu ‚Nicht-Frauen‘ werden (Gildemeister 2004: 133ff). Wir vereinfachen die soziale Wirklichkeit permanent durch selektive Wahrnehmungen. So wird alles,

was eine Person tut, die wir vorab als Frau identifiziert haben, in dem Licht interpretiert, dass wir sie für eine Frau halten. Dabei haben alle Gesellschaftsmitglieder weibliche und männliche Aspekte; wir erfüllen unsere Rollen nie perfekt, dennoch wird Geschlecht als polar behandelt. Wir müssen, wie bei anderen sozialen Ordnungen auch, tagtäglich Ausnahmen, Ungereimtheiten und Brüche bei der Wahrnehmung der Welt bewältigen.

Interessant ist dabei auch, dass Geschlecht im Alltagsbewusstsein als naturgegeben gedacht wird und an der Existenz primärer und sekundärer Geschlechtsmerkmale ‚festgemacht‘ wird. Die Genitalien, die dafür die (scheinbar) eindeutigen Hinweise geben könnten, sind im Alltag jedoch nicht sichtbar. Geschlechtszugehörigkeit wird in interaktiven Prozessen stattdessen über Informationen wie Gang, Stimme, Gesichtsausdruck, Körperhaltung und Ausstrahlung bestimmt, und von diesen wird dann auf die „erwarteten Genitalien“ (Kessler/McKenna 1978: 59) geschlossen. Geschlechtszugehörigkeit wird also nicht nur bei der Geburt einmalig zugewiesen, sondern bleibt ein interaktiver Prozess, der vor allem davon abhängt, dass andere die eigene Repräsentation eines Geschlechts bestätigen. Man ‚hat‘ ein Geschlecht erst dann, wenn man es für andere hat (vgl. Hirschauer 1993: 53f.).

Wichtig für die Entwicklung des Theoriekonzepts des „doing gender“ waren auch Studien zu Transsexualität (Garfinkel 1967; Kessler/McKenna 1978). Transsexualität ist interessant, weil sie in Frage stellt, was wir ansonsten für gegeben nehmen, nämlich die scheinbar feststehende Tatsache, welches Geschlecht wir ‚haben‘. Geschlecht ist, wie diese Studien zeigen, auch etwas, was gewählt bzw. gewechselt werden kann. An Transsexualität wird zudem deutlich, wie restriktiv Zweigeschlechtlichkeit ist. Bipolare Geschlechtszugehörigkeit, also die Zugehörigkeit zu nur einem von nur zwei Geschlechtern, ist zwingend. Eine Zuordnung zu einem der beiden Geschlechter ist immer erforderlich, es gibt eine unausgesprochene Verpflichtung, immer entweder Mann oder Frau zu sein. Etwas dazwischen, etwas Drittes oder Viertes wird damit ausgeschlossen bzw. als ‚anormal‘ markiert.

Der Verdienst dieser Mikroperspektive auf Geschlecht ist die Untersuchung der Prozesse, wie Geschlecht – als Dichotomie – gesellschaftlich gemacht wird bzw. sozial konstruiert wird. Damit werden ‚natürliche‘ Unterschiede und kulturelle Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt. Das, was gemeinhin als Natur gilt, ist gesellschaftlich hervorgebracht. Es wird deutlich, dass Geschlechtszugehörigkeit damit weder eindeutig noch naturhaft oder unveränderbar ist, sondern permanent in Interaktionen hergestellt wird. Entscheidend ist, dass wir alle an der sozialen Konstruktion von Geschlechtlichkeit beteiligt sind und die Geschlechterdifferenzen immer wieder aktiv und individuell nachvollziehen. Wir sind alle selbst „Konstrukteure des Geschlechts“ (Hagemann-White 1993). Dabei bleiben auch im „doing gender“-Ansatz die Ungleichheiten und Hierarchien zwischen den Geschlechtern trotz der Perspektive auf die Mikroebene Thema der Analysen. Denn auch in der alltäglichen Herstellung von Geschlecht wird deutlich, dass ‚die Frau‘ als minderwertiges, von der männlichen Norm abweichendes Wesen konstruiert wird. Gildemeister/Wetterer (1992) zeigen, dass als Konsequenz aus diesen Erkenntnissen auch das politische Instrumentarium der Frauenförderung kritisiert werden muss, da es (teilweise ungewollt, teilweise aber auch gewollt) die Geschlechterdifferenz stabilisiert, indem Frauen auch dort häufig als zu fördernde, mindestens aber als von Männern grundsätzlich verschiedene Wesen behandelt werden. Frauenförderpolitik schreibt da-

mit Vorstellung einer Andersartigkeit und Unterlegenheit von Frauen fort und verhindert damit ein Aufbrechen der Geschlechterverhältnisse (vgl. auch Pini 1995).

Eine Radikalisierung dieser Perspektiven erfolgte vor allem durch Black Feminists und queere Perspektiven auf feministische Theorien. Bereits seit den 1980er Jahren hat es aus diesen Perspektiven immer wieder Kritik an den bis hierhin beschriebenen feministischen Theorien gegeben. Im Mittelpunkt dieser Kritik standen implizite Annahmen, die auch solchen feministischen Theoriebildungen zugrunde lagen, die Gesellschaftssysteme grundsätzlich kritisierten und somit ebenso (ungewollt) Macht- und Herrschaftsverhältnisse stabilisierten. Ins Zentrum der Debatte rückte erstens die Kritik an der Kontinuität kolonialer und rassistischer Diskurse, die auch in feministischen Theorien reproduziert wurden. Zweitens wurde analysiert ob Denken und Forschen innerhalb eines als natürlich vorausgesetzten Systems von nur zwei (und zumeist) heterosexuell verfassten Geschlechtern nicht selbst eine Realität mitproduziert und abstützt, die erst die Hierarchie zwischen Männern und Frauen möglich macht. Diese beiden Theoriestränge, die Postkoloniale Theorie und die Queer Theory, werden im Folgenden dargestellt.

Postkoloniale Theorie

Die Existenz einer kollektiven Identität oder zumindest Erfahrungsgleichheit aller Frauen wird insbesondere verstärkt seit den 1980er Jahren durch Black Feminists und women of color im US-amerikanischen Diskurs und durch MigrantInnen und Schwarze Feministinnen im deutschsprachigen Raum angegriffen. Die sich entwickelnden theoretischen Diskurse des Black Feminism und der Postkolonialen Theorie sind eng miteinander verwoben. In einer postkolonialen Perspektive wird „zum Ausgangspunkt von Kritik eine historische Erfahrung – die des Kolonialismus –, deren Fortwirken sich in der Auseinandersetzung um westlich geprägte sozio-kulturelle Hegemonie und Interpretationsmuster niederschlägt“ (Küster 1998: 179). Der Begriff Postkolonialismus umfasst nach Gutiérrez Rodríguez zwei Bedeutungsebenen. Die erste Ebene bildet sich durch die „historische Abfolge von Kolonialismus, Imperialismus und nachkolonialen Gesellschaftszuständen“ (Gutiérrez Rodríguez 2003: 19). Neben dieser epochalen, zeitlichen Konnotation des vorangestellten ‚Post‘ verweist die Vorsilbe des Begriffs auf eine zweite Ebene, nämlich der theoretischen Verwandtschaft mit Theorien des Poststrukturalismus⁶, des Feminismus und des Marxismus (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2003: 19).

⁶ Die Philosophie des Poststrukturalismus wird auf die französische Theoriebildung Mitte der 1960er Jahre zurückgeführt und mit Namen wie Michel Foucault und Jaques Derrida (Theorie der ‚Dekonstruktion‘) verbunden. Zentral für die im Einzelnen sehr unterschiedlichen Theoretisierungen ist im Kontext der hier dargestellten Theorien die Infragestellung der Möglichkeit des freien und befreiten Subjektes. Dem liegt ein veränderter Machtbegriff zugrunde. Macht wird nicht mehr als nur repressiv und intentional verstanden. Sie wird dagegen als produktiv gefasst indem sie Existenzweisen und Denkformen der Menschen hervorbringt. Außerdem sind poststrukturalistische und dekonstruktive Theorien stark durch Sprachphilosophie beeinflusst und betonen die produktive Wirkung von Sprache und Diskursen (vgl. zur Einführung Stäheli 2000).

Im Folgenden wird der postkoloniale Diskurs anhand dreier Aspekte vorgestellt: 1. Die Kritik an der Kategorie Frau, 2. Die Kritik an der Kategorie ‚race‘ 3. Die Kritik an der Unsichtbarkeit der Überlegenheit des Weiß-Seins in feministischen Theorien.

Kritik an der Kategorie ‚Frau‘

Postkoloniale Theorie bezieht sich auf die historisch früheren Arbeiten des Black Feminism und verbindet diese verstärkt mit der Philosophie des Poststrukturalismus und marxistischer Theorie. Zentrale Gemeinsamkeit dieser verschiedenen kritischen Reflexionen im Kontext des ‚Black Feminism und der Postkolonialen Theorie ist die Problematisierung der Kategorie ‚Frau‘ und die Betonung der Konstruiertheit der Kategorie ‚race‘. Beide Kategorien werden als Konstruktionen und diskursive Produktionen verstanden, die erst das hervorbringen, was sie vermeintlich nur beschreiben. Diese Prozesse gehen mit strukturellen und identitären Effekten einher, d.h. sie beeinflussen sowohl die gesamtgesellschaftliche Ordnung als auch die Konstitution des einzelnen Individuums.

Für die Kategorie ‚Frau‘ bedeutet dies, dass das Bezug nehmen auf eine Gruppe von Personen, die als Frauen bezeichnet werden, als produktiver Akt der Konstruktion betrachtet werden kann. Frauen als Gruppe zu benennen bedeutet nicht nur, eine Gruppe zu beschreiben, sondern vielmehr, dass die Gruppe (als eine einheitliche) erst durch die Benennung entsteht. Das bedeutet, dass die Benennung normative Effekte hat. Ein solcher Effekt ist, dass auch von einem feministischen Standpunkt aus die Vereinheitlichung von Frauen fortgeschrieben wird und Differenzen zwischen Frauen ausgeblendet werden. Dabei produziert die diskursive Produktion (also das Reden von ‚den Frauen‘) jedoch nicht nur erst eine Gruppe, in der unterschiedliche Subjektpositionen eingeschlossen und vereinheitlicht werden, sondern sie produziert zugleich auch folgenreiche Ausschlüsse:

„Die Kategorie ‚Frau‘ wird als Universalie bestimmt, doch ist an ihrer Repräsentation und Aushandlung nur eine kleine Gruppe von Frauen beteiligt“ (Gutiérrez Rodríguez 1996: 166).

Das heißt, dass die Gruppe derer, die die Macht haben, zu sprechen und gehört zu werden zwar klein ist, ihre Diskurse durch ihre Verwurzelung innerhalb der weißen Dominanzkultur jedoch wirkmächtig und folgenreich sind. Der Anspruch, als Feministinnen für ‚die Frau an sich‘ zu sprechen, ist höchst problematisch ist. Feministische Theorien müssen selbst daraufhin untersucht werden, inwiefern sie ungewollte und machtvollere Effekte produzieren. Dies wurde in den USA u.a. durch bell hooks, Gayatri Chakravorty Spivak, Patricia Hill Collins und Ruth Frankenberg deutlich gemacht, die aus unterschiedlichen Perspektiven untersuchen, welche Durchkreuzungen das Verhältnis von gender und race prägen und durch welche Durchkreuzungen Rassismen und Feminismen miteinander verwoben sind (vgl. Fuchs/Habinger 1996; Ludvig 2003). Diese Durchkreuzungen in den Blick zu nehmen, bedeutet zu untersuchen, wie gender und race oder Rassismen und Feminismen voneinander abhängen, sich gegenseitig prägen und bedingen. Dafür wird die diskursive Produktion und soziale Konstruktion der Kategorie race in den Blick genommen.

race – soziale Konstruktion und Herrschaftssystem

Stuart Hall verweist in seinem 1994 erschienenen Band „Rassismus und kulturelle Identität“ (Hall 1994) auf die soziale Konstruktion der Kategorie ‚Schwarz‘. Mit Einblicken in seine Biographie erläutert er, wie er erst durch die Einreise nach England zum ‚Schwarzen‘ wurde. In den 1950er Jahren migrierte er zum Studium von Jamaika nach England und wurde dort mit einer Kategorisierung konfrontiert, die in seinem vorherigen Leben in Jamaika nicht relevant war:

„Bis zu meiner Abreise hörte ich niemals, daß jemand sich selbst oder die anderen als Schwarz bezeichnet hätte, obwohl vermutlich 98 Prozent der Bevölkerung Jamaikas schwarz oder auf andere Weise farbig sind. Niemals hörte ich das Wort schwarz, dafür aber mehr als tausend andere Bezeichnungen“ (Hall 1994: 79).

Hier wird deutlich wie heterogen und vielfältig die soziale Realität ist, die durch die Kategorie ‚Schwarz‘ vereinheitlicht wird. ‚Schwarz‘ bezeichnet also nicht etwa eine real existierende Gruppe, die erst durch die ideologischen Beschreibungen, die dieser Gruppe zugeschrieben werden, zu einer konstruierten und rassistischen Kategorie wird. Die diskursive Erzeugung der Kategorie selbst ist bereits ein gewaltförmiger Akt, durch den Unterschiede unsichtbar gemacht werden und Bedeutungen produziert werden. ‚Schwarze‘ Menschen gibt es nur deshalb, weil sie diskursiv erzeugt wurden. ‚Schwarz‘ und analog dazu ‚Race‘ liegen keine vordiskursiven Realitäten zugrunde. Hierbei geht es nicht darum, dass die Existenz unterschiedlicher Abstufungen von Pigmentierungen der Hautfarbe geleugnet wird. Entscheidend ist hingegen, dass in der Bildung der Kategorie ‚Schwarz‘ Vereinheitlichungen und Zuschreibungen greifen und dadurch ‚das Andere‘ erzeugt wird.

Darüber hinaus zitiert die Verwendung der Kategorien ‚Schwarz‘ und ‚race‘ ganz bestimmte historisch gewachsene Bedeutungshorizonte.

„Schwarz wurde in einem bestimmten historischen Moment als eine politische Kategorie geschaffen“ (Hall 1994: 79).

Die Artikulation der Kategorie ‚Schwarz‘ wurde im kolonialen und rassistischen Diskurs mit visuellen Bildern und literarischen Erzählungen (wie beispielsweise durch literarische Reiseberichte vgl. Steyerl 2002), mit naturwissenschaftlichen medizinischen Techniken des Unterscheidens und mit ethnisierenden und exotisierenden Abwertungen und Zuschreibungen verbunden. In diesem Rahmen war die Artikulation stets eine Repräsentation durch hegemoniale Positionen, die ‚das Andere‘ geschaffen haben. Im anglo-amerikanischen Sprachraum wird die Kategorie ‚Black‘ inzwischen ebenso wie die Kategorie ‚race‘ durch einen Kampf der Selbstartikulation zurückerobert:

„In diesem Kampf vollzieht sich eine Veränderung im Bewußtsein, in der Selbstwahrnehmung, ein neuer Prozeß der Identifikation, das Hervortreten eines neuen Subjekts ins Sichtbare“ (Hall 1994: 80).

Die Rückeroberung eines gewaltförmigen Begriffes soll diesen aus vormaligen Bedeutungssystemen herauslösen. Diese Strategie der Selbstaneignung des Begriffes ‚race‘ greift die gesellschaftliche Markierung auf und versucht, sie ihrer diffamierenden Kraft zu berauben. Gleichzeitig wird die erfahrene Gewalt durch die Zitation sichtbar. ‚Black‘ und ‚race‘ wurden in diesem Sinne durch die us-amerikanische Bürgerrechtsbewegung aufgegriffen und re-artikuliert. Inzwischen dient diese Selbstbezeichnung auch der Selbst-Repräsentation einer Community. Im deutschsprachigen Raum wird im Kontext postkolonialer Theorien verstärkt der Begriff der Migrantin als Selbstbezeichnung gewählt, weil die jeweils individuell sehr spezifischen Erfahrungen mit Ethnisierung und Rassismus durch die einheitliche Verwendung von ‚Black‘ in verschiedenen Sprachräumen wenig Raum für unterschiedliche Repräsentationen und Erfahrungen lässt (vgl. FeMigra 1995). So sind die historische Erfahrung der Sklaverei in den USA und der in diesem Kontext stehenden Bürgerrechtsbewegung nicht vergleichbar mit den Erfahrungen der so genannten ArbeitsmigrantInnen und deren in Deutschland lebenden Kindern in der zweiten und dritten Generation.⁷

Im deutschsprachigen Diskurs gab es ebenfalls bereits in den 1980er Jahren kritische Positionen Schwarzer Feministinnen; sie gelangten jedoch nicht in den feministischen Mainstream und wurden folglich weder breit diskutiert noch hinterließen sie Spuren in den feministischen Konzepten der 1980er Jahre (vgl. Gutierrez-Rodríguez 2003). Erst die Diskussionen postkolonialer Positionen, die verstärkt in den 1990er Jahren geführt wurden, wurden schließlich aufgenommen. Der Vorsprung der USA in der Debatte um race und postkoloniale Positionen erklärt sich vor allem daraus, dass diese sich als klassisches Einwanderungsland zu einem historisch früheren Zeitpunkt für postkoloniale Diskurse interessieren *musste*. Dass dieser Prozess erst mit einer Verzögerung im deutschsprachigen Raum einsetzte, wird als ein Merkmal der zugrunde liegenden Problematik angesehen: Dem Ausblenden der Kontinuität rassistischen und völkischen Denkens auch innerhalb emanzipatorischer Theorieansätze (vgl. FeMigra 1995).

Diese Kontinuitäten in Theorie und Politik aufzuspüren, sie als Herrschaftsformen zu demaskieren und anzugreifen, ist ein zentrales Thema Postkolonialer Theorie.

Weiß-Sein als unmarkiertes Merkmal feministischer Theorien

Neben der machtvollen Hervorbringung von identitären Wirkungen hat die Konstruktion auch verfestigte strukturelle Konsequenzen zur Folge:

⁷ Zum Thema Antisemitismus, völkischem Denken und der Abwesenheit von jüdischen Positionen und Reflexionen des deutschen Feminismus wird aktuell nahezu garnicht diskutiert. Wenngleich Analysen vorliegen, die die Verschränkung von Patriarchatsanalysen und Nationalsozialismus durch Feministinnen als „Entlassung aus der Verantwortung“ und nahloses Anknüpfen an „deutsches Verdrängungsbemühen“ herausgearbeitet haben (vgl. Rommelspacher 1996: 123). Eine Ausnahme bildet der Band „Antisemitismus und Geschlecht“ der A.G. Gender-Killer (vgl. A. G. Gender-Killer 2005).

„Rassismus ist gleichzeitig ein System von Herrschaft – eine Dimension der sozialen Ordnung – und ein System der Kategoriebildung – ein Modus des Bezeichnens und ein Aspekt im Prozeß der Persönlichkeitsbildung“ (Frankenberg 1996: 52, Hervorh.i.O.).

Beide Seiten, das System der Herrschaft wie das System der Kategoriebildung, haben Auswirkungen auf die soziale Ordnung und Unterdrückungsverhältnisse, auf die wissenschaftliche Produktion von Wissen sowie auf identitäre Zuschreibungen. Die Verschränkung der drei Felder spiegelt sich auch in den feministischen Theoriebildungen wieder: So sind zwar für kritische Theorien die Analyse und Problematisierung von Wechselwirkungen zwischen sozialer Ordnung, Herrschaftsverhältnissen und identitären Zuschreibungen besonders relevant. Aber auch hier wird die Beschränkung des Blicks durch die eigene Situierung deutlich. Gerade der Modus des Bezeichnens geschieht immer vor dem Hintergrund der eigenen sozialen Positionierung. Westliche feministische Theorien werden also vor dem Hintergrund der eigenen weißen Hautfarbe und der Zugehörigkeit zu europäischen und us-amerikanischen Gesellschaften produziert. Die Zugehörigkeit zu diesen Bevölkerungsgruppen und deren Bedeutung werden jedoch zumeist nicht in die Analysen einbezogen.

Mitte und Ende der 1990er Jahre wurden innerhalb feministischer Theorien noch keine gravierenden Veränderungen in der Haltung darüber sichtbar, dass wissenschaftliche Fragen nach Geschlecht als vorrangig vor der Thematisierung von race zu behandeln seien. Das heißt, hier wurde und wird eine bestimmte Form des Wissens generiert, die nicht zu trennen ist von der sozialen Ordnung und der Zugehörigkeit zur Dominanzkultur. So kommt Gutiérrez Rodríguez auch 1996 noch zu dem Schluss:

„Während im US-Feminismus der etablierte Feminismus an der Kritik der ‚Black Women‘ und ‚Women of Color‘ nicht vorbeikam, fand in der BRD die Kritik Schwarzer Feministinnen und Migrantinnen bis heute (...) nur eine sehr geringe Beachtung“ (Gutiérrez Rodríguez 1996: 167).

Inzwischen wird zwar versucht, race als Kategorie zumindest mit zu denken und mit weiteren Achsen der Differenz wie Klasse zu thematisieren; eine systematische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Rassismus und Feminismus, das überhaupt erst die Perspektive eines Mit-Denkens und damit ein Außerhalb des Feminismus produziert, bleibt jedoch von Seiten weißer Feministinnen bislang aus. Häufig wird statt der Analyse der gegenseitigen Wechselwirkungen von Kategorien wie gender und race versucht, die Diskriminierungen als additive Verknüpfungen zu analysieren. Schultz hat jedoch bereits 1990 im Kontext der Frage, wie multiple Diskriminierungsmechanismen theoretisch gefasst werden können, darauf hingewiesen, dass eine rein additive Verbindung von Differenzkategorien ausgesprochen kontraproduktiv ist, weil sie zum einen die Zweigeschlechtlichkeit fortschreibt und zum anderen wiederum gender als Hauptdifferenz zugrunde legt:

„Dort wo Forscherinnen Klasse und ethnische Zugehörigkeit in ihre Analysen mit einbeziehen, ist das Addieren von Unterdrückung ein häufig verwendeter, methodischer Ansatz, der von der Annahme ausgeht, daß alle Frauen unter-

drückt sind und einige noch eine zusätzliche Unterdrückung durch Ethnozentrismus, Rassismus, Antisemitismus, Klassismus oder Homophobie erfahren" (Schultz 1990: 52).

Gegen ein solches Konzept der Addition von Unterdrückung wird von Black Feminists das Konzept „intersections“ verwendet. Dieser Begriff wurde 1989 von Kimberlé Crenshaw geprägt. Er umfasst Verbindungen und Überschneidungen der Kategorien ‚Race‘, Klasse und Geschlecht und betont die Unauflösbarkeit der gegenseitigen Verschränkungen und Wechselwirkungen dieser Kategorien (vgl. Hill Collins 1996; Ludvig 2003; Crenshaw 2003). Es geht hier eben nicht darum, zusätzlich zur Diskriminierungserfahrung ‚als Frau‘ auch noch von Rassismus betroffen zu sein, sondern vielmehr darum, dass die Verschränkung eine andere und spezifische Form der Unterdrückung hervorbringt. So ist beispielsweise für weiße westliche Frauen die Losung ‚Das Private ist Politisch‘ eine zentrale Figur zur Kritik der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit in theoretischen und politischen Konzepten gewesen. Sie hatte insbesondere für die Solidarisierung zwischen weißen Frauen eine hohe Bedeutung, denn sie hat zur Entlarvung und Enttabuisierung sexualisierter Gewalt beigetragen und diese vom Charakter des Einzelschicksals befreit und ihre strukturelle Verwobenheit mit patriarchalen Verhältnissen betont. Die daraus erwachsende Solidarität wurde jedoch gerade von Black Feminists nicht geteilt, denn für sie ist der private Raum ein Schutzraum vor Rassismus. Insofern ist er eher ein Ort des empowerments innerhalb der Black Community. Eine Solidarisierung mit weißen Frauen gegen die eigene Community wird hier abgelehnt (vgl. Ludvig 2003; hooks 1996; Hill Collins 1996).

Trotzdem wird teilweise in deutschsprachigen weißen feministischen Theoriediskursen immer noch versucht, gender zur Hauptdifferenz zu erklären. So schreibt Becker-Schmidt im Jahre 2000 in ihrem gemeinsam mit Gudrun-Axeli Knapp herausgegebenen Band „Feministische Theorien zur Einführung“, dass bei allen Differenzen zwischen Frauen trotzdem gender die master Kategorie bleibe (vgl. Becker-Schmidt 2000). Im deutschsprachigen Diskurs ist dies nach wie vor eine nicht selten anzutreffende Vorstellung insbesondere weißer Frauen (vgl. kritisch dazu FeMigra 1995; Gutiérrez Rodríguez 1996, 1999; Schultz 1990; Gümen 1996, 1998; Fuchs/Habinger 1996; Steyerl/Gutiérrez Rodríguez 2003). Auf die Frage nach der Bedeutung der Herkunft für die eigene Situierung und wissenschaftliche Perspektive sowie auf die Frage nach der Verbindung von Feminismus mit Rassismus wird eher zögerlich geantwortet. Zudem wird Rassismus als ein dem Feminismus äußerliches Phänomen eingeordnet. Wie wenig jedoch das Verhältnis von Feminismus und rassistischem Ausschluss im deutschsprachigen Diskurs präsent ist, hat Sedef Gümen in ihrer Dekonstruktion des Einleitungsartikels für den Tagungsband „Differenz und Gleichheit – Menschenrechte haben (k)ein Geschlecht“ (Gerhard u.a. 1990) eindrucksvoll aufgezeigt (vgl. Gümen 1998). Trotz einer vordergründigen Rhetorik, sich mit Fragen wie Interkulturalität und Rassismus auseinander setzen zu wollen, wird in dem Aufsatz deutlich gemacht, dass eine solche thematische Ausrichtung eher ein Sonderthema des Feminismus sei. Die Rede ist von der „hiesigen Frauenbewegung“ die zwar „Ausländerinnenprobleme kennt“, der es aber „sehr viel grundsätzlicher um eine Analyse und Erörterung der strukturellen Gründe der gesellschaftlichen und rechtlichen Diskriminierung der Frau“ gegangen sei (Gerhard u.a. 1990: 10). Migrantinnen werden hier als homogene externe Gruppe behandelt, die dem ‚hiesigen‘ Feminismus nicht genuin

zugehörig sind. Feminismus wird damit genauso wie ‚die Migrantin‘ homogenisiert, und Migrantinnen werden zugleich als Subjekte des Feminismus ausgeschlossen und als die Anderen konstruiert. Damit bleiben sie de facto ausgeschlossen aus der feministischen Community (vgl. Gümen 1998). Solche Ausschlüsse haben gravierende Folgen auch für wissenschaftliche Diskurse. Denn sie führen dazu, dass marginalisierte Positionen keine Macht zur wissenschaftlichen Repräsentation erlangen konnten und können.

„Wie also über die Anderen gesprochen wird und warum, folgt nicht nur dem simplen Begehren nach Erkenntnis und Wissen. Vielmehr wird durch dieses Sprechen erst der Andere geschaffen, der historisch und gesellschaftlich im Laufe des Kolonialismus, der Sklaverei, des Antiziganismus, des Antisemitismus und der heutigen rassistischen Politiken sowie Asyl- und Migrationspolitiken mit den faktischen Gewalteffekten dieser Diskurse, Praktiken und Politiken zu kämpfen und zu leben hat“ (Steyerl/Gutiérrez Rodríguez 2003: 9).

Feministische postkoloniale Positionen haben deshalb immer auch die Verschränkung von Wissen und Macht in der Produktion von (politischen und theoretischen) Diskursen und deren Effekte auf Subjekte im Blick: Von welchem Standpunkt aus kann welche Politik gemacht werden? Was erscheint wem warum als Hauptkategorie entlang derer Diskriminierungserfahrungen gemacht werden? Diese Frage wird je nach individueller Erfahrung und sozialer Situierung anders beantwortet. Jedoch reicht es nicht aus, hier mit dem Begriff der Erfahrung zu arbeiten, denn auch die Nicht-Betroffenheit von Rassismus ist eine Form der Erfahrung – allerdings eine, die zumeist unmarkiert ist und deshalb unsichtbar bleibt. Nicht von Rassismus, Exotisierung und Ethnisierung betroffen zu sein, bleibt auch in der Theoriebildung ein unmarkierter Standpunkt, der zugleich als ein universeller artikuliert wird. So wie Männer im Mainstream das unmarkierte Geschlecht zu sein scheinen, scheint der hegemoniale Feminismus keine Hautfarbe zu haben.

„Gleichgültig, ob wir als weiße Feministinnen über Rassismus nachgedacht haben oder nicht, erscheint uns die Frage ‚Wie prägen Geschlechterprivilegien oder geschlechtliche Dominanz das Leben der Männer?‘ unmittelbar einleuchtend. Damit möchte ich unterstreichen, daß jedes beliebige System von Herrschaft ebenso das Leben jener prägt, die davon profitieren, wie das Leben jener, die dadurch unterdrückt werden, wenn dies auch offensichtlich in unterschiedlicher bzw. gegensätzlicher Art und Weise geschieht“ (Frankenberg 1996: 55).

Hierbei geht es jedoch eben nicht nur um die Abwesenheit einer spezifischen Erfahrung, sondern auch um das kontinuierliche Unsichtbarmachen einer rassistischen Struktur. Die Zugehörigkeit zur Dominanzgesellschaft ist dabei nicht nur lokal begrenzt, sondern hat darüber hinaus auch globale Bedeutung (vgl. Thürmer-Rohr 1995).

Mit Bezug auf Spivak wird in postkolonialen Theorien betont, dass die Sicht auf die Welt im Kontext des Kolonialismus analysiert werden muss. Die mit dieser Sicht einhergehende Aneignung der Welt (worlding) ist durch hegemoniale Diskurse (auch Sprache und Schrift) geprägt. Das bedeutet, dass Sichtweisen und Deutungsmuster der Welt nicht jenseits der kolo-

nialen Vergangenheit angesiedelt werden können, sondern dass vielmehr anerkannt werden muss, dass durch den Kolonialismus und die Produktion des ‚Westens und dem Rest‘ spezifische machtvolle Wissenssysteme hervorgebracht wurden (vgl. Spivak 1990; Castro Varela/Dhawan 2005).

„'Worlding' betont die Dynamik einer ethnozentristischen Logik, auf deren Basis ein Wissen über Welt erzeugt und konstruiert wird, das sich in der Binarität ‚Zivilisation‘ : ‚Barbarei‘ bewegt“ (Gutiérrez Rodríguez 1999: 41).

Ziel einer postkolonialen Theorieposition ist es einerseits eurozentristischen (bzw. us-amerikanischen, imperialistischen) und weißen wissenschaftlichen und politischen Blicken differente Subjektivitäten und komplexe Heterogenitäten von Gesellschaften entgegenzustellen. Andererseits geht es um die Rekonstruktion des So-Gewordensein von Wahrheitssystemen:

„Um die Produktivität der kolonialen Macht zu verstehen, ist es entscheidend, ihr Wahrheitssystem zu (re)konstruieren, nicht, dessen Repräsentationen einer normalisierenden Beurteilung zu unterziehen“ (Bhabha 2000: 98f).

Dieses zu rekonstruierende Wahrheitssystem ist geprägt von Ausschluss und Homogenisierung. Durch die Analyse des ‚So-Geworden-Seins‘ wird versucht, die machtvollen Prozesse zu durchbrechen.

Queer Theory

Eine weitere selbstreflexive Kritik am Feminismus wird durch die Queer Theory vorgelegt. Sie ist ähnlich wie auch postkoloniale Theorien theoretisch vom Poststrukturalismus beeinflusst. Hinzu kommt die Verwurzelung in den Lesbian and Gay Studies in den USA der 1980er Jahre. Beide Stränge werden in der Queer Theory miteinander verbunden.

Politischer und theoretischer Anfang einer Bewegung, die als Queer bezeichnet wird, liegt in den USA der 1990er Jahre. Drei zentrale Gründe für diese Neu- und Reformulierung insbesondere homosexueller Politiken sind die Institutionalisierung und Kommerzialisierung homosexueller und feministischer Bewegungen, das Erstarken der Neuen Rechten und die Auswirkungen der Aids Epidemie (vgl. Woltersdorff 2003). Mit der Institutionalisierung und Kommerzialisierung (Stichwörter: pink economy, Entpolitisierung des CSD u.ä. vgl. writing worstfear queens 2005) ging auch eine verstärkte Form der homogenisierenden Identitätspolitik einher, durch die zum einen versucht wurde, Schwule und Lesben als ethnische Identität zu konstruieren, die eigene Ansprüche auf Bürgerrechte artikulierten und durch die zum anderen versucht wurde, diese konstruierte Identität normativ aufzuladen. Als ‚sex wars‘ werden die Auseinandersetzungen innerhalb der lesbisch feministischen Szene bezeichnet, die sich um Themen wie Bisexualität, Promiskuität, SM und Pornografie drehten (vgl. Lauretis 1991, xv). Diese Entwicklungen führten dazu, dass sich immer mehr Menschen nicht mehr innerhalb der Lesbian and Gay Community repräsentiert fühlten. Hinzu kamen das politische Erstarken der Neuen Rechten mit der Ablehnung von Homosexualität und Abtreibung und

die Auswirkungen einer Gesundheitspolitik, die Aids-Erkrankte nicht ‚versorgte‘ und zudem ein Bild schürte, nach dem die Betroffenen an ihrer Situation durch ihren ‚unmoralischen‘ Lebenswandel selbst schuld seien.

Queere Politik versuchte nun einerseits die randständigen und dissidenten Positionen innerhalb der Lesbian and Gay Community sichtbar zu machen, sich gegen die kommerzielle Verwertbarkeit der eigenen Lebensstile zu wehren und die offizielle schwul-lesbische Identitätspolitik aufzudecken und gleichzeitig anzugreifen. Andererseits setzen sie das Projekt der Lesbian and Gay Community weiter fort, mit dem versucht wird, Heterosexualität als Normalitätsregime zu kritisieren (vgl. dazu als grundlegenden Text Rich 1991). Diese doppelte Geste der queeren Strategie zeichnet sich also durch kritische Selbstreflexivität und produktive Weiterführung zugleich aus. Mit Queer war es nun möglich, neue und andere Bündnisse einzugehen und zugleich die eigene Differenz zu betonen. Zugleich wurden verstärkt Bewegungen in den Blick genommen, die sich gegen die Grenzen der Lebbarkeit zur Wehr setzen. Vor allem die transgender-Bewegung, Transsexuelle und Intersex Bewegungen wiesen darauf hin, dass auch lesbisch schwule Politik Zweigeschlechtlichkeit reproduziere. In diesen Bewegungen wurde nicht nur die normative Heterosexualität angegriffen sondern darüber hinaus die Gewaltförmigkeit der Zweigeschlechtlichkeit deutlich gemacht (vgl. Genschel 1998; polymorph 2002).

Queer war lange Zeit eine abwertende Bezeichnung für Lesben und Schwule. Übersetzt bedeutet der Begriff ‚seltsam, sonderbar, schwul, Falschgeld‘. Mit der Selbstbezeichnung queer wurde dieser Begriff zurückerobert und zu einer Strategie der Verstörung und Irritation derjenigen, die diese zuvor abwertende Bezeichnungen einsetzten. Die Selbstbezeichnung entzieht den Diffamierenden die Macht über die Repräsentation von Schwulen und Lesben. Wie auch die Rückeroberung der Kategorien ‚Black‘ oder ‚Schwarz‘ bleibt dabei die erfahrene Verletzung sichtbar. Darüber hinaus war und ist die neue Bezeichnungspraxis eine Abgrenzung von Begriffen wie Homosexualität und Gay. ‚Homosexualität‘ ist stark in sexualwissenschaftlichen Diskursen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts verwurzelt und zitiert ein medizinisch biologistisches Bild von der oder dem Homosexuellen, das in den 1960er Jahren, als Gay (schwul/lesbisch) sich zunehmend durchsetzte, politisch verworfen wurde (vgl. Jagose 95ff.). Zwar war die Annahme, es gebe eine biologisch begründete Homosexualität, ursprünglich zu Anfang des 20. Jahrhunderts auch als politischer Versuch unternommen worden, Homosexualität theoretisch als etwas zu fassen, wofür niemand etwas ‚kann‘. Jedoch wurde sich in den späten 1960ern immer mehr diesem Begriff verabschiedet. Diese Ablehnung beruht darauf, dass mit der Verwendung einer Bezeichnung auch ein ganz bestimmter Bedeutungshorizont zitiert wird und dieser zunehmend verschoben wurde:

„[D]er Weg von ‚homosexuell‘ über ‚schwul‘ oder ‚lesbisch‘ zu ‚queer‘ (stellt) genau die Begriffe und Identifikationskategorien dar, mit denen gleichgeschlechtliches Begehren in der Regel gefaßt wurde“ (Jagose 2001: 97).

Jedoch meint er eben nicht das immer gleiche. In der Verschiebung der Bezeichnungen vollzieht sich auch eine Verschiebung dessen, was bezeichnet wird.

Queer Theory bildete sich zum einen aus diesen o.g. politischen Kämpfen und aus einer kritischen (Selbst-)Reflexion feministischer Theorien mit Methoden poststrukturalistischer Theorieansätze. Die feministischen Theorien hatten die Thematisierung von Begehrensformen und sexuellen Existenzweisen vernachlässigt – die Anerkennung der Differenzen innerhalb der Gruppe der Frauen wurde eingefordert. Teresa de Lauretis formulierte 1991 als erste queer als Begriff für einen kritischen theoretischen „Zugang zum Feld nicht-normgerechter Sexualitäten“ (Woltersdorff 2003: 916; vgl. de Lauretis 1991).

Zentrale Elemente der Queer Theory sind die Betonung der Differenzen zwischen Frauen und die Problematisierung normativer Heterosexualität. Judith Butler, die prominenteste Vertreterin queerer Theoriebildung, setzt sich 1991 in ihrem Werk „Das Unbehagen der Geschlechter“ (Butler 1991) mit der Frage nach dem So-Gewordensein von gender auseinander. Ähnlich wie in postkolonialen Theorien die Hervorbringung einer sozialen Gruppe durch die Bezeichnung ‚Schwarz‘ betont wird, fasst Butler ‚gender‘ als Kategorie, die sie im Kontext diskursiver Prozesse untersucht. So geht Butler davon aus, dass diskursive Prozesse Geschlecht überhaupt erst als relevante Unterscheidungskategorie hervorbringen und dadurch ‚Geschlecht‘ erzeugen statt nur zu beschreiben. An dieser Produktion von Geschlecht sind auch – so ihre Kritik – feministische Theorien beteiligt, in dem sie Männer und Frauen zu Gegenständen ihrer Analysen machen. Dadurch wird das System der Zweigeschlechtlichkeit permanent erzeugt und hervorgebracht und dadurch gleichzeitig festgeschrieben und materialisiert. Zweigeschlechtlichkeit wird als gewaltförmiger Prozess beschrieben, der ‚Andere‘ als konstitutives Außen zur Herstellung von eigener innerer Einheit produziert: Homosexualität wird zum Anderen der Heterosexualität, zur Abgrenzungsfolie und zur Vergeisserung der eigenen Normalität und Natürlichkeit. Heterosexualität und Homosexualität sind gleichursprünglich, sie sind voneinander abhängig und somit füreinander konstitutiv. So kann das eine nicht ohne das andere existieren. Auch der Begriff Bisexualität bleibt in der Hetero- und Homosexualitätslogik verhaftet, denn er verweist auf die beiden Enden der Dualität.

Butler nimmt ähnlich wie schon der doing gender Ansatz die Begriffe ‚sex‘ und ‚gender‘ in den Blick. Zwischen diesen Ansätzen existieren einige Anknüpfungspunkte, jedoch bestehen sie vor dem Hintergrund sehr unterschiedlicher philosophischer Konzepte und sind aufgrund der verschiedenen Erkenntnisinteressen nur bedingt miteinander zu vergleichen (vgl. dazu ausführlicher Wartenpfehl 1996). Butler geht mit einer poststrukturalistischen und dekonstruktiven Perspektive der Frage nach, ob sex ebenso wie gender durch und durch sozial ist. Dafür analysiert sie Prozesse der Naturalisierung von ‚sex‘ und ‚gender‘, um zu zeigen, dass eine diskursiv erzeugte Geschlechterdifferenz als natürlich wahrgenommen wird. Diese beruht auf der Unterscheidung von sex und gender, in der sex als vordiskursiv konzeptualisiert ist:

„Demnach gehört die Geschlechtsidentität (gender) nicht zur Kultur wie das Geschlecht (sex) zur Natur. Die Geschlechtsidentität umfaßt auch jene diskursiven/kulturellen Mittel, durch die eine ‚geschlechtliche Natur‘ oder ein ‚natürliches Geschlecht‘ als ‚vordiskursiv‘, d.h. als der Kultur vorverlagert oder als

politisch neutrale Oberfläche, auf der sich die Kultur einschreibt, hergestellt und etabliert wird" (Butler 1991: 24).

Die Möglichkeit der Klassifikation von Menschen als ‚Frauen‘ oder ‚Männer‘ liegt jedoch nicht in der Konsequenz einer essentiellen ‚Andersartigkeit‘ von ‚Frauen‘ und ‚Männern‘, sondern in der diskursiven Herstellung des Geschlechterdualismus und den daran geknüpften heterosexuellen ‚weiblichen‘ und ‚männlichen‘ Identitäten, die auch durch feministische Theorie vorausgesetzt und reproduziert werden. Die Annahme eines natürlich gegebenen ‚sex‘ ist nach Butler also vielmehr ein Effekt von ‚gender‘ und die Voraussetzung für die Heterosexuelle Matrix, die dem dualen System der Zweigeschlechtlichkeit zugrunde liegt.

Herausforderungen an feministische Theorien

Feministische Theorien beschäftigen sich mit Geschlechterverhältnissen als Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Es ist deutlich geworden, wie verschieden dabei die Perspektiven und damit zusammenhängend auch die Erkenntnisse sind, die feministische Forschungen produzieren. Neben Makroanalysen, die sich der Verschränkung von Kapitalismus und Patriarchat und der daraus resultierenden Unterdrückung von Frauen und der Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft widmen, stehen Untersuchungen alltäglicher Interaktionen, in denen gezeigt wird, dass Geschlecht nichts ist, was wir ‚haben‘, sondern dass Mann-Sein oder Frau-Sein tagtäglich erst hergestellt wird und ein Ergebnis oder Effekt von Handeln ist. Daneben stehen wiederum Ansätze, die der Kategorie Geschlecht ihre ‚Hauptrolle‘ absprechen, auf die Verschränkung von gender und race hinweisen und die Rede von ‚den Frauen‘ in Frage stellen. Die Differenzen zwischen Frauen gelangen durch Queere und Postkoloniale Theorie in den Blick. Durch die Analyse der engen Verbindung zwischen Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität sowie von Weiß-Sein und feministischer Theoriebildung wird deutlich, dass Feminismen oft implizit eine heteronormative Perspektive einnehmen und sogar rassistische Elemente beinhalten können. Nach diesen Auseinandersetzungen ist das Kollektivsubjekt ‚Frau‘, das vor allem in ökofeministischen Feminismen vorausgesetzt wird, nicht mehr haltbar. Aus marxistisch-sozialistischer Perspektive wiederum wird der Queer Theory vorgeworfen, dass durch die Betonung der Differenzen zwischen Frauen die strukturellen gesellschaftlichen Verhältnisse im Kontext des Kapitalismus vernachlässigt werden oder sie durch die Nichtthematization sogar unsichtbar gemacht werden. Dieser ‚blinde Fleck‘ wurde bisher nicht systematisch aufgearbeitet und bleibt ein Manko dieser Theorierichtung.

Unser Überblick hat gezeigt, dass feministische Theorien nicht nur vielfältig sind, sondern sich sogar gegenseitig grundlegend kritisieren und sich widersprechen. Dies hat zu heftigen Kontroversen innerhalb feministischer Wissenschaften und ebenso feministischer Politik geführt, die bis heute nicht gelöst sind. Theoretisch wie politisch stehen alle feministischen Theorien aktuell vor der Herausforderung, die multiplen Diskriminierungsmechanismen der kapitalistischen und globalisierten Gegenwartsgesellschaft zu fassen. Gender, race, Sexualität und Klasse sind die Eckpfeiler, die das Spannungsfeld feministischer Theorien abstecken. Wir gehen davon aus, dass die Widersprüche zwischen den Theorien nicht gänzlich aufge-

löst werden können, sondern, dass das komplexe Projekt kritischer Theorien die Anerkennung der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Gewaltverhältnisse voraussetzt. Rassismus, Heterosexismus, (Post)Kolonialismus und Globalisierung, Umweltzerstörung, Zweigeschlechtlichkeit und neoliberalen Kapitalismus lesen wir als Teilausschnitte auf Wirklichkeit, denen nicht mit einem einzigen theoretischen oder politischen Projekt begegnet werden kann. Die auf den ersten Blick entsolidarisierende Zurückweisung der Kategorie ‚Frau‘ kann auch die Bildung neuer Bündnisse ermöglichen:

„Im Rahmen des feministischen Kampfes und seiner vielstimmigen Projekte kann nicht ein für alle Mal definiert werden, was es heißt, weiblich sexualisiert und farbig rassisiert zu werden, und dies bedeutet auch die Zurückweisung des monolithischen Subjekts (...) Sich nicht zusammenzuschließen, bedeutet paradoxerweise neue Bündnisse: all jene, die aus den inneren Differenzen hervorgehen und die veränderlichen Grenzlinien notwendigerweise überqueren (...)“ (Minh-Ha 1996: 160).

Hilde Hoherz; 150 Jahre Hausfrau

Zur Durchsetzung neuer Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus

Mit ihren knapp 150 Jahren ist die Hausfrau noch relativ jung. Erst Ende des 19. Jahrhunderts wird sie als Arbeits- und Geschlechterverhältnis durchgesetzt und als Modell so umfassend festgezurr, dass es schon nach wenigen Generationen als immer da gewesen und naturgegeben erscheint. Die sich im 19. Jahrhundert etablierende bürgerliche Gesellschaft geht davon aus, dass alle Frauen denselben Beruf haben: Hausfrau und Mutter. Qua Definition gilt das auch für die Frauen, die sich in Fabriken blutig arbeiten oder prekär beschäftigt Lohn erwerben oder Landwirtschaft betreiben. Der sich entwickelnde Kapitalismus schafft sich durch den Zugriff auf die nicht entlohnte Hausfrauenarbeit eine kostengünstige Reproduktion der Arbeitskraft, sowohl für die Generation im arbeitsfähigen Alter als auch für die nachfolgende Generation: Die weibliche Reproduktionsarbeit wird zum komplementären Arbeitsverhältnis zur männlichen Lohnarbeit.

Dieses neue Arbeits- und Geschlechterverhältnis fällt nicht vom Himmel: Frauen werden ebenso wenig freiwillig zu Hausfrauen wie Männer freiwillig zu Lohnabhängigen werden. Es bedarf gezielter Eingriffe, die die gesellschaftlichen Strukturen so verändern, dass es weder für Frauen noch für Männer ein Entrinnen gibt. Solche Fakten schafft ein Bündel aus ideologischen, wirtschaftlichen, gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen und der in der Entstehung begriffene moderne Staat spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Um diese Strukturierungsmaßnahmen im 19. Jahrhundert wird es Folgenden gehen. Der Schwerpunkt liegt bei der Steuerpolitik von Staat und Kommunen, die ihr gesamtes Verwaltungshandeln auf das „Modell Hausfrau“ ausrichten. Wohnungspolitik, Schulpolitik, Gesundheitspolitik oder Geburtenpolitik sind Politikbereiche, in denen dieser Mainstream Wirkung zeigt. Abgesichert wird das unter anderem über Ausbildungs- und Berufsverbote für Frauen oder über das Familienrecht, das Ehefrauen die neuen bürgerlichen Freiheiten wie Freizügigkeit oder Verfügung über Eigentum vorenthält. Auch die Ehe als einzig legitime Form des Zusammenlebens von Frauen und Männern muss erst über Sanktionen gegen das Konkubinat als „wilde Ehe“ flächendeckend durchgesetzt werden.

Modell

"Die Arbeiterfrau muß es verstehen, ein einfaches, wohlschmeckendes und zugleich nahrhaftes Essen mit wenig Mitteln zu bereiten () soll der Mann die schwere Arbeit auf die Dauer aushalten und nicht in den besten Jahren schon arbeitsunfähig werden." Diese Forderung findet sich 1891 im Evangelischen Wochenblatt. "Wenn auf den Tisch des Arbeiters nur Pellkartoffeln und Kaffee kommen, so wird schließlich die ganze Familie an ihrer Gesundheit Schaden leiden. () Es muß dem Mann nirgends besser als zu Hause schmecken, und die Familie muß bei der Kost gedeihen. Unser Kaiser will nicht, daß aus den Arbeiterhäusern schwächliche und verkrüppelte Jünglinge hervorgehen, die zum Dienste fürs Vaterland nicht taugen."

Dieses Statement stammt aus Kirchenkreisen und datiert vom Ende des 19. Jahrhunderts. Und es bringt wesentlich Funktionen der Hausfrauenarbeit auf den Punkt:

Hausarbeit soll:

- den Mann gegenwärtig arbeitsfähig halten
- die Kinder für die Zukunft arbeitsfähig machen
- die Familie als Lebensform alternativlos machen
- männliche Jugendliche soldatentauglich machen
- diese Funktionen möglichst billig gewährleisten

Als dieser Artikel 1891 erscheint, ist die „Hausfrau“ als Arbeits- und Geschlechterverhältnis noch jung. Sehr etabliert ist es zu diesem Zeitpunkt schon in bürgerlichen Kreisen, denn dort existiert es schon fast 100 Jahre. Aber für die unterbürgerliche Bevölkerung, insbesondere für die Arbeiterfamilien, ist es noch in der Projektphase und man läuft sich gerade warm, um die Hausfrau auch hier flächendeckend einzuführen.

Die Idee, dass alle Frauen Hausfrauen und Mütter seien, entstand schon Ende des 18. Jahrhunderts. Sie entstand mit dem Umbruch von der traditionellen Agrarwirtschaft zum Kapitalismus, zur auf Lohnarbeit basierenden industriellen Produktion. Das ist auch der Umbruch von der feudalen Ordnung zur bürgerlichen Gesellschaft und das Hausfrauenmodell ist ideologisch entscheidend befördert durch die Philosophie der Aufklärung als der Philosophie des Bürgertums. Mit diesem Umbruch verbunden ist eine damals neue Idee vom Verhältnis der Geschlechter - der Idee, dass alle Männer Familiernährer seien und verschiedenen Berufen nachgehen und dass alle Frauen denselben Beruf haben, nämlich den Beruf der Hausfrau und Mutter.

Und dann dauert es etwa 100 Jahre bis diese Idee zum gesellschaftlichen Konsens wird, d.h. bis so ziemlich alle, Männer und Frauen, davon überzeugt sind, dass das Verhältnis zwischen den Geschlechtern so zu sein habe und dass es schon immer so gewesen sei, dass

es angeboren sei und sozusagen in der „Natur“ liege. Was passiert in diesen 100 Jahren und warum?

Das Hausfrauenmodell gilt erst nur per Definition - seit dem 18. Jahrhundert wird es mit wachsendem Nachdruck als These behauptet. Es wird als Modell entworfen in Schriften von Männern, die sich berufen fühlen, Pläne für die angestrebte neue bürgerliche Gesellschaftsordnung zu formulieren. An der Macht ist das Bürgertum Ende des 18. Jahrhunderts noch nicht. Aber es formiert sich und macht schon mal Pläne, wo es hingehen soll, wenn die feudalen Fesseln erst mal gefallen sein werden.

Umbruchphase

In Preußen fallen die feudalen Schranken seit Anfang des 19. Jahrhunderts. Durch das ungeteilte Eigentumsrecht beginnt für die Männer des Bürgertums damit die Freiheit, ihr Eigentum zu verwerten. Sie können Grund und Boden kaufen und ihr Kapital in Industrieanlagen oder sonstige Unternehmungen stecken, in denen sie andere für sich gegen Lohn arbeiten lassen. Oder sie können bürgerliche Dienstleistungsberufe ergreifen oder Beamte werden im entstehenden modernen Staat oder zum Militär gehen.

Die Frauen des Bürgertums können das nicht. Für sie gilt ein generelles Berufs- und Ausbildungsverbot und auch die neuen bürgerlichen Freiheiten wie Eigentumsrecht, Freizügigkeit oder Vertragsfreiheit gelten für sie nicht - zumindest dann nicht, wenn sie verheiratet sind. Laut Familienrecht verfügt der Ehemann über ihr Eigentum, bestimmt ihren Wohnsitz und schließt ihre Verträge ab.

Mit der Kapitalisierung der Landwirtschaft beginnt für die Landbevölkerung der Zwang zur Lohnarbeit. Die so genannte „Bauernbefreiung“ beraubt sie zunehmend ihrer Existenzgrundlage und Alternativen für die Überflüssigen gibt es zunächst kaum. Es folgt ein Massenelend der Entwurzelten. „Pauperismus“ wird die Übergangsphase genannt, in der die bäuerliche Bevölkerung die Landwirtschaft verlässt und ohne festen Wohnsitz „vagabundierend“ nach Lohnarbeit sucht. Das gilt zunächst überwiegend für die Männer, zeitversetzt um ein halbes Jahrhundert auch für die Frauen. Die Geburtenrate ist hoch, die Sterblichkeit auch. Krankheiten grassieren und der Hunger ist allgegenwärtig. Die entstehende Industrie stellt keine besonderen Anforderungen an die Arbeitskraft. Zur Lohnarbeit bedarf es keiner Ausbildung. Krankheit oder Tod der Arbeitskräfte sind für die kapitalistische Wirtschaft noch kein Problem. Wer ausfällt wird ersetzt.

Aber ansteckende Krankheiten sind ein Problem. Seuchen dezimieren zwar hauptsächlich die Armen, machen aber auch vor den Bürgerhäusern nicht halt.

Und die Disziplin ist ein Problem. Industrielle Produktion erfordert eine andere Arbeitsmoral als landwirtschaftliche Produktion. In der traditionellen Agrargesellschaft hingen Arbeitsein-

satz von Wetter und Jahreszeit ab, Phasen höchster Anspannung im Sommer wechselten mit Phasen relativer Ruhe im Winter. Die Industrie verlangt Regelmäßigkeit - Pünktlichkeit und festgesetzte Arbeitsstunden und festgesetzte Pausen, und alle zur gleichen Zeit. Da Lohnarbeitende das nicht einfach so machen gibt es Fabrikordnungen, die das Essen und Schlafen am Arbeitsplatz verbieten und Fehlzeiten bestrafen. Um die Arbeitskräfte am weglaufen zu hindern, werden Mauern um die Fabriken gezogen und die Tore während der Arbeitszeit versperrt. Nicht Jahreszeit und Wetterlage bestimmen den Arbeitsrhythmus, sondern die Fabrikuhr.

Das Bürgertum prosperiert zwar. Es fürchtet sich aber auch vor den unkontrollierbaren Massen und ihrem Elend, vor möglichen Revolten und vor möglichen Krankheiten - und das Bürgertum verlangt nach geordneten Verhältnissen. Und in der kapitalistischen Wirtschaft entstehen neue Anforderungen an die Arbeitskraft. Lohnabhängige sollen nicht nur ein Minimum an Bildung mitbringen, sondern auch gesund sein und leistungsfähig und vor allem leistungsbereit. Damit wäre ihr körperlicher Einsatz planbar und ihr potentiellles Aufbegehren kanalisiert.

Und der moderne Staat hat sich so etabliert, dass er auf kontrollierbare Verhältnisse hinarbeiten kann. Die preußische Verwaltung ist vorbildlich und trägt das ihre dazu bei, Arbeits- und Lebensverhältnisse in steuerbare Bahnen zu lenken. Dazu gehören sowohl das neue Arbeits- und Geschlechtermodell mit Hausfrau und Ernährer als auch die Institution der Ehe, die flächendeckend eingeführt werden soll. Erziehungsziel ist die Regelmäßigkeit, *„in erster Linie ein regelmäßiges Leben und Arbeiten- ein regelmäßiges Verdienen und Verwenden der Einnahmen“*.¹²

Diese Konsolidierung beginnt Mitte des 19. Jahrhunderts und bekommt mit der Reichsgründung 1871 einen neuen Schub.

Konsolidierungsphase

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wird die Ehe als einzige legitime Form für das Zusammenleben zwischen den Geschlechtern fest geklopft. In der traditionellen Agrargesellschaft war die Ehe ein Privileg. Heiraten durfte nur, wer eine gesicherte Existenzgrundlage nachweisen konnte. Durch diese Notwendigkeit der Heiratserlaubnis lebte der größte Teil der Landbevölkerung unverheiratet als Gesinde auf den Höfen. Das heißt aber nicht, dass Ledige ohne Sexualität lebten. Mit den feudalen Bindungen fällt auch dieser 'Ehekonsens' und alle dürfen sich verheiraten. Dennoch ist das Zusammenleben von Männern und Frauen ohne Trauschein in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch weit verbreitet. Dem schiebt die bür-

¹² Traktat eines Bergbeamten über die anvisierte Organisation der Arbeit im Saarbergbau (1870), LASB Bestand 564, Nr. 628, S 932.

gerliche Gesellschaft einen Riegel vor. Ein wesentlicher Schritt, die Sexualität an die Ehe zu binden, ist in Preußen das Gesetz zur Bekämpfung des Konkubinats von 1854. Dieses Gesetz führt das 'öffentliche Ärgernis' als neuen Straftatbestand ein und ermöglicht damit die Verfolgung so genannter 'wilder Ehen'. Der Anzeige eines 'unsittlichen Verhältnisses' wird polizeilich nachgegangen und geprüft, wer wo wohnt und wer in welchem Bett schläft. Sobald ein Paar als des Konkubinats überführt gilt folgt die Aufforderung, die Verbindung zu legalisieren oder sie zu lösen. Im Falle der Nichtachtung drohen Geld- und Haftstrafen.

Das Ziel der Wirtschaft und des Staates ist eine ausreichende Menge arbeitsfähiger Arbeitskräfte für die Gegenwart und die Zukunft. Wesentliche Voraussetzungen dafür sind Gesundheit, Bildung, Disziplin und Integration sowie ein entsprechender Nachwuchs. Deshalb beginnt der preußische Staat im 19. Jahrhundert mit neuen Politikfeldern wie Gesundheitspolitik, Bildungspolitik oder Geburtenpolitik und betreibt diese mit unterschiedlichem Erfolg.

Gesundheitspolitik

Am Anfang steht die Gesundheitspolitik, die schon Anfang des 19. Jahrhunderts ansetzt. Es ist historisch neu, dass Politik in Gang gesetzt wird, um den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu verbessern. Den Grund nennt zum Beispiel ein Beamter wie der Dresdner Stadtphysikus Friedrich-August-Röber 1806:

„Der Bürger muß gesund und arbeitsfähig seyn, um das Seine zur Erhaltung des Staates beitragen zu können. Ist er dieses nicht, so fällt er dem Staate zur Last und ist schlimmer, als ein todes Mitglied.“¹³

Für dieses Ziel, die Bevölkerung gesund zu erhalten, werden Infrastrukturmaßnahmen wie Kanalisation und Wasser- und Gasversorgung in Angriff genommen und seit Anfang der 1880er die Sozialversicherung eingeführt. Parallel dazu werden die zu Hausfrauen definierten Frauen in die Pflicht genommen. Erste Versuche in diese Richtung werden schon Anfang des 19. Jahrhunderts unternommen, wenn auch noch ohne großen Erfolg. In den 1830er Jahren grassiert die in Westeuropa bis dahin unbekannte Cholera. Da die Mediziner nicht wissen, wie diese Seuche zu bekämpfen sei, wissen es die ausführenden Staatsorgane erst recht nicht. Man beschränkt sich noch auf allgemeine Appelle an die Frauen nach mehr Sauberkeit in den Haushalten und 'Diätik' in der Lebensführung. Aber auch die neu eingerichteten Sanitätskommissionen haben noch nicht die Möglichkeit, private Haushalte zu überwachen.

¹³ D. Friedr. Aug. Röber: Von der Sorge des Staates für die Gesundheit seiner Bürger, Dresden b. Arnold 1806, 958 Seiten. Enthält: Erhaltung der Gesundheit (Staatsdiätik), Wiederherstellung der Gesundheit, Übersicht über die gesamte Medizinalpolizei insbesondere in Sachsen.

Das ändert sich in den nächsten Jahrzehnten im Zusammenhang mit Bekämpfung der Tuberkulose. Nachdem 1882 erkannt wird, auf welchem Wege sich die Tuberkulose verbreitet, rücken auch die häusliche Sauberkeit und die Körperhygiene in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Kommunen richten Tuberkulosefürsorgestellen ein, die Aufklärung betreiben sollen. Diese Fürsorgestellen vertreiben zunächst Merkblätter, in denen Frauen Anweisungen bekommen, die sich auf Putzen, Wäschewaschen und Kindererziehung beziehen. *„Kleidungsstücke sind stets sauber zu halten“*, heißt es in Bezug auf die Wäsche. Und zum Thema Putzen heißt es:

„Trockenes Fegen werde durch nasses Aufnehmen, nötigenfalls durch Scheuern mit heißer Soda- oder heißer Schmierseifenlösung ersetzt. Jede Staubentwicklung in der Wohnung ist auf das geringste mögliche Maß zu beschränken.“¹⁴

Es bleibt aber nicht bei Empfehlungen mittels Merkblättern, denn Papier ist geduldig. Nicht nur in akuten Seuchenzeiten werden private Wohnungen kontrolliert, d.h. nicht alle Wohnungen, sondern nur die von armen Leuten, die größtenteils in Elendsquartieren leben: in Wohnungen, die eng und überfüllt sind und kaum Infrastruktur haben wie Wasser- oder Gasversorgung oder Kanalisation.

Zur Kontrolle dieser Wohnungen werden Wohnungskommissionen eingerichtet, die mindestens einmal jährlich eine Ortsbesichtigung machen, wobei sie auch in die Wohnungen eindringen und sowohl die baulichen Gegebenheiten als auch die Einhaltung von Hygienevorschriften überprüfen. In Verwaltungsberichten wird z.B. moniert, viele Frauen hätten die *„üble Angewohnheit“*, Abwässer *„kübelweise vor den Häusern auszukippen“* und Küchenabfälle in die Rinnsteine zu werfen. Es wird überprüft, wo die Frauen die Wäsche aufhängen, wie sie Nahrungsmittel aufbewahren, und ob so genannte Staubfänger wie Gardinen und Teppiche den Sauberkeitsvorstellungen entsprechen. Diese Kommissionen bestehen anfangs aus Männern: zu ihnen gehören Verwaltungsbeamte, in kleineren Gemeinden auch der Bürgermeister höchstselbst, und meistens ein Arzt. Später geht man dazu über, auch eine Frau aus bürgerlichen Kreisen mitgehen zu lassen. Begründet wird das so:

„Mit ganz anderer Überzeugungskraft als es einem Mann möglich ist, spricht die Frau zur Hausfrau über Pflege der Wohnung, über Ordnung, Reinlichkeit und Lüftung, über eine zweckmäßige Benutzung der Räume und Stellung der Möbel und Betten, über die beste und sparsamste Art der Heizung, des Kochens und des Waschens. Schon allein die Tatsache, dass mit den vielen Herren der Kommission auch eine Dame mitkommt, wirkt beruhigend auf die ar-

¹⁴ Tuberkulose-Merkblatt 1900, S. 2, zitiert nach Gerd Göckenjan: Über den Schmutz. Überlegungen zur Konzeption von Gesundheitsgefahren, in: Staat und Gesundheit. Zum Wandel von „Volksge-sundheit“ und kommunaler Gesundheitspolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert; hg. von Jürgen Reulecke und Adelheid Gräfin von Castell Rüdenhausen, Stuttgart 1991, S. 126

*men Frauen, deren Wohnung eingesehen werden soll und nimmt von dem Schrecken, den diese Kommission verbreitet.*¹⁵

Die beschriebene Wohnungsaufsicht ist eine Verwaltungsmaßnahme, die der Gesundheitspolitik verpflichtet ist. Gleichzeitig ist sie aber auch eine Verwaltungsmaßnahme, die dazu beiträgt, die Hausfrauenarbeit zu kontrollieren. Sie ist eines der Beispiele, an denen deutlich wird, dass sich die Idee von der „guten Hausfrau“ nicht einfach so verallgemeinert, weil die Zeiten sich geändert haben. Die Vorstellung von einer guten Hausfrau wird auch mit Sanktionen umgesetzt. Die Kommission verbreitet schon Schrecken aufgrund der Tatsache, dass Vertreter der Obrigkeit Zutritt zu Privatwohnungen haben und diese besichtigen und bewerten dürfen. Sie können Auflagen machen und Fristen setzen und sie können eine Wohnung auch sperren lassen, wenn sie Mängel feststellen, die sie für nicht vertretbar halten. Für die Frauen heißt das, dass sie sich nicht ungestraft über die Sauberkeitsvorstellungen hinwegsetzen können, die an sie herangetragen werden.

Ebenfalls mit einer direkten Kontrolle sind Verwaltungsmaßnahmen gebunden, die im Zusammenhang mit der Schulgesundheit umgesetzt werden. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts werden amtliche Schulärzte eingesetzt, die Reihenuntersuchungen an Schulkindern vornehmen. Alle Kinder sollen im Laufe der Schulzeit mindestens drei Mal untersucht werden. Wird ein Kind für krank befunden wird es zum so genannten „Überwachungsschüler“. Die Mütter bekommen eine Mitteilung, dass sie für eine Verbesserung de Gesundheitszustandes ihres Kindes sorgen sollen und die Mütter müssen regelmäßig mit den Kindern in der schulärztlichen Sprechstunde erscheinen, in denen die Fortschritte überprüft werden. Gekoppelt ist diese Sprechstunde mit Anweisungen für die Mütter, wie sie die Kinder zu versorgen haben wie sie die Kinder selbst zu Sauberkeit erziehen sollen: Diese „Beratung“ gibt der Arzt entweder selbst oder er verteilt auch hier Merkblätter:

„Von früh beginne mit der Reinlichkeit, laß keinen Tag und keine Stunde nach, so wirst du deine Kleinen an Reinlichkeit gewöhnen, und Gewohnheit ist eine große Macht.“¹⁶

An diesen beiden Beispielen, Wohnungsaufsicht und Schulgesundheit, werden schon einige Mittel deutlich, mit denen die Vorstellung von einer „guten Hausfrau und Mutter“ an die Frau gebracht werden. Es geht zum einen über Kontrolle, wie die regelmäßigen Besichtigungen der Wohnungen oder die regelmäßige Vorladung zum Schularzt. Es geht aber auch über Ermahnungen, die den Müttern die Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Familie, vor allem der Kinder, übertragen. Die Botschaft ist einfach: Wenn du deine Kinder nicht richtig versorgst und erziehst, dann werden sie krank oder sterben sogar, und du bist daran schuld.

¹⁵ Blätter des Badischen Frauenvereins vom 1. Juni 1913

¹⁶ Hardt-Polzin: Wie entwickeln und erhalten wird in unseren Kindern die Freude an der Reinlichkeit und Gesundheitspflege? in: Zeitschrift für Schulgesundheitspflege, 9.1902, Jg. 15, S. 485.

Besonders deutlich wird diese Schuldzuweisung an die Mütter im Zusammenhang mit der Säuglingssterblichkeit. Im Deutschen Reich geht die allgemeine Sterblichkeit seit Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Aber die Säuglingssterblichkeit ist noch Anfang des 20. Jahrhunderts enorm hoch. Ein großer Teil der Kinder aus armen Familien stirbt noch bevor sie das erste Lebensjahr vollendet haben. Angesichts dieser Tatsache formiert sich seit der Jahrhundertwende die so genannte Säuglingsfürsorgebewegung. Sie wird zentral initiiert, der Impuls kommt aus Berlin von der Kaiserin höchstselbst. Sie gründet 1905 in Berlin das „Kaiserin Auguste Viktoria Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im deutschen Reiche.“ Dieses Institut soll alle vorhandenen Ansätze zur Säuglingsfürsorge koordinieren, es soll Ursachenforschung betreiben und Methoden entwickeln, die Überlebenschancen der Kleinkinder zu verbessern. Die Hauptaufgabe dieses Instituts ist aber die „Erteilung von Rat und Warnung“.

Im Mittelpunkt von Rat und Warnung steht die Aufforderung, dass Mütter ihre Kinder selbst stillen sollen. Die Flaschennahrung, die so genannten „künstliche Ernährung“, wird zur Hauptursache für das Sterberisiko der Säuglinge erklärt. In einem der Merkblätter heißt es:

„Jede gesunde Frau soll ihr Kind an der Brust stillen, denn bei dieser Nahrung gedeiht es am Besten. Müsst ihr Mütter in die Arbeit gehen, so stillt wenigstens morgens, mittags und abends. Jeder Tropfen Muttermilch macht das Kind widerstandsfähiger gegen Krankheiten.“¹⁷

Nun ist es schon so, dass Muttermilch die Abwehrkräfte stärkt. Umgekehrt heißt das aber nicht, dass von der Mutter gestillte Kinder automatisch eher überleben. In reichen Familien haben Kinder, die mit der Flasche ernährt werden, ein geringeres Sterberisiko, als Kinder aus armen Familien, die von der Mutter gestillt werden. D.h. die Überlebenschance hängt viel mehr mit den allgemeinen Lebensbedingungen zusammen, als mit der Muttermilch. Und diesen Zusammenhang verschleiert die Stillpropaganda, die armen Frauen beigebracht wird. Sie suggeriert, dass die Mütter es selbst in der Hand hätten, ihre Kinder am Leben zu halten. D.h. umgekehrt, die Stillpropaganda suggeriert den Müttern, dass sie sich schuldig machen, wenn sie ihre Kinder nicht an der Brust stillen. Und auch die anderen Merksätze, die verbreitet werden, suggerieren dieses Schuldigsein.

„Haltet eure Säuglinge sauber. Badet sie jeden Morgen 5 bis 10 Minuten lang in warmem Wasser und zwar vor dem Trinken, womöglich stets zur selben Zeit ... Wascht und wechselt die Wäsche des Kindes so oft wie möglich.“

Solche Vorgaben sind angesichts der Wohn- und Lebensverhältnisse nicht zu erfüllen. Die Anweisungen geraten zum Hohn angesichts von Wohnverhältnissen, in denen Wasser mehrere Stockwerke hoch geschleppt werden muss und Wäschewaschen eine Knochenarbeit

¹⁷ Merkblatt des Vaterländischen Frauenvereins, ab 1905 über kommunale Behörden verteilt, LASB Bestand Sulzbach 82.6

ist, die Tage in Anspruch nimmt. In feuchten Kellerwohnungen und stickigen Dachstuben ist das „am besten gelüftete“ Zimmer, das „grade gut genug“ sei für das Kind, nur schwer auszumachen. Aber die Propaganda setzt darauf, den Müttern ein schlechtes Gewissen zu machen. Sie sollen die widrigen Lebensverhältnisse durch mehr Arbeit ausgleichen. Damit gerät aus dem Blick, dass die Löhne zu niedrig, die Wohnungen zu klein und die Versorgung zu schlecht ist, um Kinder ohne Gesundheitsschaden groß zu ziehen.

Neben den genannten Methoden Sanktion, Kontrolle und „schlechtes Gewissen machen“, gibt es auch noch die fürsorgliche Methode. Diese Fürsorge koppelt das 'Gute-Hausfrau-Sein' mit finanziellen Anreizen und wird auch im Zusammenhang mit der Säuglingssterblichkeit angewandt. Es gibt Gemeinden, die zahlen Müttern eine so genannte 'Stillprämie', als Belohnung dafür, dass sie selbst stillen. Mitunter werden auch so genannte 'Milchküchen' bereitgestellt. Das sind kommunale Einrichtungen, die hygienisch einwandfreie Kuhmilch an Mütter abgeben, die anerkanntermaßen nicht selbst stillen können. Die Mütter bekommen die Milch aber nur, wenn sie sich gleichzeitig über Säuglingspflege beraten lassen. D.h. die Mütter bekommen eine Bescheinigung darüber, dass sie in der Beratung waren und diese Bescheinigung berechtigt sie, kostenlose oder günstige Milch abzuholen, mit denen sie ihre Kinder füttern können.

Bildungspolitik

Neben regelmäßigen Kontrollen wie bei der Wohnungsaufsicht und der subtileren Form der Säuglingsfürsorge, gibt es auch offene Sanktionen wie Ordnungsstrafen oder Zwangseinweisungen, um den Anforderungen an eine 'gute Hausfrau' Nachdruck zu verleihen. Diese Sanktionen werden vor allem im Erziehungsbereich angewandt zum Beispiel in Bezug auf die Schulpflicht und das Sorgerecht.

Mütter sind für die Einhaltung der Schulpflicht verantwortlich. Wenn die Kinder nicht regelmäßig und ordentlich gekleidet und ernährt in der Schule erscheinen, wurden die Mütter zu Rechenschaft gezogen. Es fängt damit an, dass sie von den Lehrkräften zur Rede gestellt werden oder von den Schulärzten, oder dass sie ins Rathaus zitiert werden, wo sie von Amts wegen verwarnt werden. Wenn alles nichts hilft und die Kinder trotzdem in der Schule fehlen, stehen Ordnungsstrafen ins Haus oder ersatzweise Haftstrafen. Die Strafen müssen die Väter bezahlen oder absitzen, denn sie sind die gesetzlichen Vertreter der Kinder. D.h. die Mütter bekommen nicht nur Ärger mit den Behörden sondern auch mit ihren Ehemännern, wenn sie der Schulpflicht nicht genüge tun.

Und die härteste Sanktion, die droht, ist der Entzug des Sorgerechts. Auch die Einweisung der Kinder in die so genannte Fürsorgeerziehung, wird hauptsächlich mit Mängeln in der Hausfrauen- und Mütterarbeit begründet. In Rollen kommen die Verfahren der Fürsorgeer-

ziehung, wenn die Kinder irgendwie auffällig werden: wenn sie beim Klauen erwischt werden, die Schule schwänzen, keine Hausaufgaben machen oder im Unterricht stören, wenn sie sich 'zwecklos umhertreiben' oder nicht ordentlich gekleidet sind. Solche Delikte werden als Versagen der Mütter gewertet. Durchgängig finden sich Begründungen wie das Gutachten eines Lehrers zur Person eines Jungen, der des Kohlediebstahls überführt wurde. Der Lehrer schreibt, der Junge sei „wegen *Unaufmerksamkeit, Ungezogenheit und auch Faulheit*“ schon öfter bestraft worden.

„Die Familienverhältnisse des Jungen lassen viel zu wünschen übrig, was an der meist schlechten, unreinlichen und zerrissenen Kleidung zu erkennen ist. Auch in seinen Büchern und Heften ist der Junge unsauber und unordentlich. Die Erziehung erachte ich für durchaus mangelhaft.“¹⁸

Geburtenpolitik

In bürgerlichen Kreisen geht die Geburtenrate seit Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Als diese Tendenz seit Ende des 19. Jahrhunderts auch in unterbürgerlichen Kreisen um sich greift, gerät das Bürgertum in Aufregung. Jetzt wird nicht mehr einhellig die prognostizierte 'Bevölkerungsexplosion' unter den Armen als Bedrohung gesehen, wie es noch in der ersten Jahrhunderthälfte der Fall war. Vor dem Hintergrund der bis in die Sozialdemokratie und die bürgerliche Frauenbewegung hinein dominierenden rassenideologischen und sozialdarwinistischen Weltanschauung wird das 'Für und Wider' von Geburtenkontrolle diskutiert. In der bürgerlichen Öffentlichkeit entsteht eine breit ausgetragene Kontroverse um die Priorität von 'Quantität' oder 'Qualität' bei der 'Menschenproduktion'.

Für Geburtenkontrolle plädieren diejenigen, die die 'Qualität' favorisieren. Im wirtschaftlichen Interesse argumentieren beispielsweise die zum rechten Flügel der Sozialdemokratie gehörende Henriette Fürth für zahlenmäßig weniger, dafür aber gesündere und besser versorgte Kinder, die lange arbeitsfähig sind. Sie stellt eine Kosten-Nutzen-Rechnung auf, nach der jedes einzelne Leben umso rentabler sei, „*je mehr die Aktivseite, das Zurückgezahlte, d.h. das ueber den eigentlichen Lebensbedarf Geleistete, die Kosten der Aufzucht und des arbeitsunfähigen Alters übersteigt*“¹⁹ Ausgaben für Mutterschutz und Säuglingsfürsorge seien durchaus gerechtfertigt, weil „*mit diesen nutzlosen, weil ungenützten Geburten eine Belastung der Volkswirtschaft gegeben ist, der keinerlei Aktivum gegenübersteht.*“ Lujo Brentano, Nationalökonom und Mitbegründer des Vereins für Sozialpolitik, führt machtpolitische Gründe an und argumentiert mit der extrem hohen Säuglingssterblichkeit in Russland als abschreckendes Beispiel:

¹⁸ LASB, Bestand Sulzbach 59.4

¹⁹ Henriette Fürth: Der Rückgang der Geburten als soziales Problem, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik III. F45.1913, S. 721-760, hier S. 728.

„Jene verschwenderische Art, Menschenleben zu rufen und fortzuwerfen, ist nicht nur die Folge des tiefen Kulturzustandes des russischen Volks, sondern auch Ursache seiner weiteren elenden Lage ... Ein Volk, das seinen Zuwachs auf diese Weise erzielt, wird nie zum Herrenvolk aufsteigen.“²⁰

Von Seiten der Regierung wird Empfängnisverhütung strikt abgelehnt und eine an der 'Quantität' orientierte Geburtenpolitik betrieben: danach ist die zahlenmäßige Menge der Arbeitskräfte, Soldaten und Steuerzahlenden ausschlaggebend für das Staatsinteresse. Das Sinken der Geburtenrate bedrohe das 'Vaterland' mit dem 'Aussterben'. 1912 erscheint im Auftrag des Innenministeriums die Schrift „Der Geburtenrückgang in Deutschland. Seine Bewertung und Bekämpfung“ von Julius Bornträger. Diese regierungsoffizielle Position formuliert unmissverständlich die machtpolitischen Absicht: Es wird

„nur dasjenige Volk sich durchsetzen und unter Beseitigung der andren die vorhandenen Stätten, Nahrungsmittel und Lebensbedürfnisse an sich reißen, das am zahlreichsten und mächtigsten ist.“²¹

Trotz dieser Kontroversen über 'Qualität' oder 'Quantität' herrschte Konsens darüber, dass die Zuwachsraten nicht gegen Null tendieren dürfen. Und es herrscht Konsens darüber, dass die Geburten nicht von den Frauen selbst kontrolliert werden dürfen. Die Zahl und die Zusammensetzung der Bevölkerung werden als schicksalhaft angesehen für die Zukunft der 'Nation' und dieses Schicksal dürfe nicht ins Ermessen der Frauen gestellt werden. Es sollen Mittel und Wege gefunden werden, die Frauen zum 'richtigen' Gebärverhalten zu veranlassen. Nur darüber, was 'richtig' ist, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Die Regierungspolitik fährt insofern zweigleisig, als sie Maßnahmen zum Säuglingsschutz in Angriff nimmt, um die 'Qualität' zu verbessern. Eine Begrenzung der 'Quantität' soll damit aber keineswegs einhergehen und die Anwendung empfängnisverhütender Mittel soll bekämpft werden. Aber hier stößt die Politik an ihre Grenzen. Die am meisten angewandte Verhütungsmethode ist der 'coitus interruptus' - und dagegen ist auch ein repressionsbereiter Staat wie der preußische machtlos.

²⁰ Lujo Brentano: Die Malthussche Lehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezennien, in: Abhandlungen der Historischen Klasse der Königlich Bayerischen Akademie der Wissenschaften 24.1909, Abt. 3, S. 567-625, hier S. 620.

²¹ Julius Bornträger: Der Geburtenrückgang in Deutschland. Seine Bewertung und Bekämpfung, Würzburg 1913 (erw. Auflage), S. 80.

Fazit

Der Gender-Mainstream des 19. Jahrhunderts beruht auf dem Hausfrau-Ernährer-Modell und bestimmt die Entscheidungen von Politik und Verwaltung und auch die Propaganda der Kirchen. Steuerungsziel ist die „Gute Hausfrau“ im Sinne von kapitalistischer Wirtschaft und bürgerlichem Staat: leistungsfähige und leistungsbereite Arbeitskräfte sollen langfristig und „mit wenig Mitteln“ zur Verfügung stehen. Steuerungsziel ist auch die Unterwerfung aller unter die Verwertungslogik sowie die Umdeutung des kapitalistischen Verwertungsinteresses zu eigenen Bedürfnissen. Erziehungsziel ist außerdem die Regelmäßigkeit, das Leben im Takt der Maschinen. Und diese Ziele werden zu einem guten Teil erreicht:

Spätestens nach dem Ersten Weltkrieg sitzt das Hausfrauenmodell als Geschlechterbild in den Köpfen. Es sitzt so tief, dass es im Zuge der Demobilmachung als Begründung für die massenhafte Entlassung von Frauen aus ihren kriegsbedingten Erwerbsarbeitsplätzen greifen kann. Es gibt auch Anzeichen dafür, dass bis zum Ende des Ersten Weltkriegs das „Muttergewissen“ im angestrebten Sinn mobilisiert ist²² und Frauen zunehmend zu dem Versuch bereit sind, die finanzielle Misere durch Mehrarbeit bei der Versorgungsarbeit auszugleichen. Die Geburtenrate sinkt zwar weiter aber der Gesundheitszustand verbessert sich und der Bildungsstand steigt. Das bringt eine gewisse Stabilität in das Arbeitskräftepotential für die Industrie, die seit der Gründerzeit an Mindestqualifikationen und einen festen, regelmäßig einsetzbaren Arbeiterstamm interessiert ist. Hausfrauen stellen Männer frei von Hausarbeit und Kindererziehung, damit diese ihre Arbeitskraft verkaufen können und dem Kapital ungeteilt zur Verfügung stehen. Damit werden die Geschlechter voneinander abhängig gemacht und gegeneinander ausgespielt. Männer haben ein Leben lang den Druck, genügend Geld für eine Familie zu verdienen. Und Frauen haben ein Leben lang den Druck, dass die Ehe nicht in die Brüche gehen darf, weil sie dann ohne eigene Mittel dastehen. Lohnerhöhungen und Sozialversicherung tun ein weiteres, einen Teil der lohnabhängigen Bevölkerung so zu integrieren, dass sie etwas zu verlieren haben. Das Hausfrau-Ernährer-Modell bietet einen funktionalen Reproduktionszusammenhang, der in zwei Weltkriegen vorübergehend aufgehoben und danach restauriert wird - und es bildet die Grundlage für das Sozialstaatsmodell des 20. Jahrhunderts. Dieser Sozialstaat baut auf diesem Geschlechterverhältnis auf und zementiert es, in dem er soziale Sicherheit an die 'männliche Normalbiographie' vom lebenslangen geschützten Arbeitsverhältnis koppelt und die Frauen damit in der zweiten Reihe hält.

²² So wurden zum Beispiel die Beratungsstellen zur Säuglingsfürsorge im Kaiserreich vor allem dann nachgefragt, wenn die Zuwendung materieller Hilfen an die Beratung gekoppelt war. Einrichtungen, die ausschließlich Belehrungen anboten, hatten keine lange Lebensdauer. Solche Einrichtungen werden nach dem Krieg dauerhaft frequentiert was dafür spricht, dass die Mütter die ihnen zugeschobene Verantwortung verinnerlicht haben und versuchen, die ihnen vorenthaltenen finanziellen Mittel durch Mehrarbeit auszugleichen.

Ausblick

Mit dem Neoliberalismus und der Zerschlagung des Sozialstaates stellt sich die Frage, inwiefern damit auch das Arbeits- und Geschlechterverhältnis des 19. und 20. Jahrhunderts neu aufgemischt wird. Es wäre zum Beispiel zu untersuchen, wie sich die Kapitalisierung des Reproduktionsbereiches auf das Geschlechterverhältnis auswirkt oder was die Zerschlagung der kollektiven Sicherungssysteme oder das neue Erziehungsziel 'Flexibilität und Selbstmanagement' anstelle der alten Maxime 'Regelmäßigkeit und Sich-Verwalten-Lassen' für Konsequenzen hat. Zu diesen Fragen sollen hier noch ein paar Überlegungen skizziert werden, die aber keine Antworten darstellen.

Wesentliche Bereiche der bislang nicht entlohnten materiellen und emotionalen Reproduktionsarbeit werden dem Markt unterworfen: zum Beispiel durch die Ausdehnung des Dienstleistungssektors in Form von 'take-away' und Mahlzeit-Lieferservice oder von Reinigungsdiensten oder von Versorgungsangeboten, die von 'Wellness' über 'Coaching' bis 'Feng-Shui' reichen. Wer diese Angebote bezahlen kann, kann sich zunehmend von der Hausarbeit freikaufen. Damit sind mittelständische Männer nicht mehr auf eine Hausfrau angewiesen, die ihnen durch ihre Versorgungs- und Beziehungsarbeit den Rücken frei hält, damit sie ihre beruflichen Ziele verfolgen können. Auch mittelständische Frauen werden damit für die Erwerbsarbeit freigestellt und insbesondere junge Frauen verfügen über Voraussetzungen, die sie auch zu Modernisierungsgewinnerinnen machen können: Sie haben die besseren Bildungsabschlüsse und sind leistungsbereit und erfolgsorientiert. Und sie tragen bei allen Veränderungen doch noch das Hausfrauenerbe in sich und sind von daher meistens multi-tasking-fähig und flexibel. Außerdem sind bei ihren weiblichen Vorbildern an Brüche in der Erwerbsbiographie gewöhnt und nicht auf die 'männliche Normalbiographie' eines lebenslangen geschützten Arbeitsverhältnisses fixiert. Von daher werden sie vielleicht durch die neuen Anrufungen nach Flexibilität und Selbstmanagement nicht so aus der Bahn geworfen wie Männer.

Unter denjenigen, die durch die neoliberale Zentrifuge an den Rand gedrückt werden, trifft es Frauen anders als Männer. Insbesondere im Hausfrauenland Bundesrepublik mit seinem hohen Anteil nichterwerbstätiger Mütter war die soziale Sicherheit vieler Ehefrauen an die ihrer Männer gekoppelt. Wenn der Mann den Job verliert und Krankenversicherung und Rentenanspruch in Gefahr geraten, verliert auch die Frau ihren Anteil daran. Schon durch die extreme Ausdehnung des Subsidiaritätsprinzips geraten viel mehr Frauen in finanzielle Abhängigkeit von ihren Männern als bisher - und das auch ohne Trauschein.

Wenn alle vereinzelt auf den Markt geworfen sind, genügt es auch für diejenigen, die eine Zeit lang „erfolgreich“ sind auf dem Arbeitsmarkt, wenn sie einmal „Pech“ haben: eine geplatzte Vertragsverlängerung, eine Entlassung oder ein eigener Konkurs genügen - und sie stürzen ins Bodenlose. Das trifft Frauen anders als Männer und sie haben ein größeres Risi-

ko, zu verarmen und in alte familiäre Abhängigkeiten zurückzufallen. Damit kommt die nicht entlohnte Hausarbeit wieder ins Spiel und die Notwendigkeit, fehlende Geldmittel durch Subsistenzarbeit auszugleichen. Und dann kann die Fähigkeit, *„ein einfaches, wohlschmeckendes und zugleich nahrhaftes Essen mit wenig Mitteln zu bereiten“* schnell zur Überlebensfrage werden - und das für beide Geschlechter.

Nachwort der FAU-IAA Ortsgruppe Hamburg – Anarchosyndikalismus und Gender heute

So wie es früher die feudalistische Standard-Begründung gesellschaftlicher Verhältnisse als „Gott-gegeben“ gab, so ist heutzutage die moderne, kapitalistische Standard-Begründung der Verhältnisse, sie seien „natürlich“, quasi naturgegeben und unvermeidlich. Entsprechend werden die sozialen Rollen der Menschen aus ihrem biologischen Geschlecht als vermeintlich natürliche Konsequenz abgeleitet. Dieser Umstand wird in der modernen Diskussion der Geschlechter-Problematik durch den Begriff „Gender“ aufgedeckt: Die soziale Geschlechterrolle (= Gender) wird anders benannt als das biologische Geschlecht, um so die Unterschiedlichkeit der beiden Begriffe und die Künstlichkeit der sozialen Rollenbilder zu verdeutlichen.

Gender und Arbeit

Die zweigeteilten Geschlechtsrollen sind wesentlich für die Arbeitsteilung im klassischen Kapitalismus (nach dem arbeitsprägenden Fließband-Prinzip auch gerne „Fordismus“ genannt): Die weibliche Hausfrau spielt eine ergänzende Rolle neben dem männlichen Arbeiter/Angestellten. Die Frau ist für Haushalt und Kinder zuständig, der Mann fürs Geldverdienen. Diese beiden Rollen sind im Kapitalismus durch eine neue räumliche Trennung von Leben (im privaten Haushalt) und Arbeit (in der Fabrik / dem Büro) herausgebildet worden. Aber es existierte auch schon vorher eine ähnliche Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern in der feudalen Bauern- oder Handwerker-Familie, allerdings meistens unter einem Dach und damit weniger deutlich sichtbar und flexibler. Entsprechend hat es mit dem Kapitalismus auch eine Aufteilung der Wirtschaft in einen unbezahlten Reproduktionssektor (die Hausarbeit) und einen bezahlten Produktionssektor (die Erwerbsarbeit) gegeben. Dieses Modell wurde im 19. Jahrhundert etabliert und hat den Großteil des 20. Jahrhunderts geprägt.

In der Moderne, ungefähr seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, gab es ein Aufbrechen dieser klaren Rollen. Dieses geht einher mit neuen Formen der wirtschaftlichen Ausrichtung und Organisation, die häufig mit dem Begriff „Dienstleistungsgesellschaft“ benannt werden. Die neueren Entwicklungen sind dabei folgende:

- Der so genannte Dienstleistungssektor bietet mittlerweile praktisch alle klassische Hausfrauenarbeiten (Reproduktionsarbeiten) als bezahlte Dienstleistung und verwischt die Trennung der beiden Wirtschaftsbereiche.
- Frauen sind mittlerweile mehrheitlich am Berufsleben beteiligt, sogar 58% der Mütter abhängiger (kleiner) Kinder sind momentan berufstätig. Für Single-Frauen ist Berufstätigkeit heutzutage absolut selbstverständlich.

- Neu herausgebildet hat sich dabei ein starkes Gefälle zwischen Eltern und Kinderlosen in der Attraktivität als Arbeitskräfte und deshalb auch beim Einkommen. Begründet wird dieses vor allem mit der notwendigen Flexibilität, die Eltern nicht in gleichem Maße bieten können, während früher der verdienende Familienvater selbstverständlich war. Dabei bilden sich gewissermaßen neue, vielfältige Gender heraus, z.B. Kinderloser Mann, kinderlose Frau, Mutter, Vater, Alleinerziehende ...
- Es gibt einen starken Zerfall des Arbeitsmarktes in
- qualifizierte reguläre Beschäftigung, die dauerhaft und im Regelfall recht gut bezahlt ist.
- „prekäre“, häufig unqualifizierte Gelegenheitsjobs, Zeitarbeit, Niedriglohnarbeit oder geringfügige Beschäftigungen.

Durch diese Veränderungen gibt es einerseits auch auf die Arbeitskraft der Frauen immer mehr direkten Zugriff, andererseits findet gleichzeitig eine Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Automatisierung in der Industrie statt, was zu einer extrem hohen Arbeitslosigkeit führt.

Aber auch in der Dienstleistungsgesellschaft gilt immer noch:

- Frauen werden im Schnitt bei gleicher Tätigkeit und Qualifikation schlechter bezahlt.
- Frauen sind deutlich unterdurchschnittlich in Top-Positionen vertreten.
- Frauen sind im häufiger von prekären Jobs betroffen.
- Frauen leisten auch heutzutage immer noch die meiste Erziehungs- und Hausarbeit, ob nun als Alleinerziehende oder Partnerin in einer Beziehung.

Eine Erklärung für diese Entwicklung ergibt sich aus zwei gegensätzlichen Quellen:

1. Die kapitalistische Verwertungslogik, die letztendlich eine reine Gewinn-Optimierung bedeutet, reagiert mit neuen Berufsrollen auf die veränderten technischen Möglichkeiten, die durch Computer, Automatisierung und weltweiten preiswerten Warenverkehr geboten werden.
2. Es gibt nach wie vor eine ideologische, traditionelle Geschlechterdiskriminierung und Männerseilschaften (also gegenseitige Bevorzugung der etablierten Männer, im Extremfall „institutionalisiert“, z.B. durch studentische Verbindungen). Betrieben wird diese Ideologie durch Institutionen wie die Kirche in ihrem Einfluss auf die Meinungsbildung und den Staat durch Gesetzgebung, z.B. Bevorzugung der „Hausfrauen-Ehe“ durch Ehegatten-Splitting und Krankenkassen-Mitversicherung. Sie wird aber auch überall informell und privat gefördert. Der Einfluss dieser grundlegenden Geschlechterklischees zeigt sich auch schon im klassischen Kapitalismus, wo die Geschlechterrollen auf der bereits vorhandenen, vor allem religiös begründeten Diskriminierung der Frauen aufbauten. Das Aufbrechen der Genderrollen in der Moderne kann dabei als ein Zurückdrängen dieser ideologischen Einflüsse durch die kapitalistische Verwertungslogik interpretiert werden.

Beispiele für diese gegensätzlichen Einflüsse sind:

- Dass Eltern, speziell Mütter, heutzutage schlechtere Berufsmöglichkeiten als Kinderlose haben, begründet sich aus der kapitalistischen Verwertungslogik: Sie haben aufgrund ihrer Kinderbetreuungspflichten höhere Ausfallzeiten, eine geringere Flexibilität etc., und sind damit als Arbeitskräfte unattraktiver und weniger effektiv.
- Dass Frauen weniger in beruflichen Top-Positionen zu finden sind ist eigentlich aus kapitalistischer Sicht kontraproduktiv, da dadurch Kompetenz (und also auch möglicher Profit) verschenkt wird. Erklärt werden kann diesen Phänomen aber durch die Seilschaften (= Männerbünde s.o.) und die ideologischen Vorbehalte gegen berufstätige Frauen, aufgrund derer eben doch meistens wieder Männer bei der Beförderung bevorzugt werden.

Gerade der ideologische Einfluss wirkt dabei keineswegs nur von „Außen“, auch die Frauen selbst wirken mit, indem viele freiwillig die ideologische Hausfrauenrolle übernehmen und ihren Beruf der Familie unterordnen. Gegen die Weigerung, sich dem Beruf unterzuordnen, ist (aus anarchistischer Sicht) ja nichts einzuwenden, sondern gegen ein Umfeld, dass sie deswegen aus der Arbeitswelt drängt. Im Gegenzug sind die Männer meistens bereit, alle Bereiche ihres Lebens (also auch die Familie) dem Beruf unterzuordnen. Damit sind sie dann im kapitalistischen System die attraktiveren Arbeitskräfte.

Für Kinderlose bedeutet dieser Unterschied wenig, da sie unabhängig vom Geschlecht beruflich flexibel bleiben. Eine kinderlose Frau wäre in der Partnerschaft eventuell in der Wahl des Wohnortes eingeschränkt, wenn sie es nämlich vorzieht, auf jeden Fall mit dem Partner zusammen zu wohnen; sie bleibt aber auch dann zeitlich weitgehend beweglich.

Kinder aber müssen betreut werden, und wenn Eltern entweder nicht bereit sind, diese Betreuung beliebig auszuweiten (Kinder sind Menschen, keine Gepäckstücke, die irgendwo gelagert werden können, und haben irgendwann auch das Bedürfnis, bei Mama und Papa zu sein), oder dazu nicht in der Lage sind, wird die Flexibilität der Eltern eingeschränkt. 12-16 Stunden Betreuung für Kinder am Tag – auch wenn sie krank sind – um allen Eltern zu ermöglichen, beruflich attraktiv zu sein, kann nicht die Lösung einer anarchosyndikalistischen Gewerkschaft sein. Wenn nun Frauen ihr Hauptaugenmerk auf diese Kinder richten und Männer auf die Karriere, wird es in einem kapitalistischen System immer darauf hinauslaufen, dass die Männer Karriere machen, da sie für ihre Arbeitgeber besser direkt ausbeutbar sind. Frauen bleiben dabei indirekt ausbeutbar, indem sie die Männer von der Arbeit zuhause und von den Kindern entlasten. Hohe Arbeitslosigkeit und soziale Verschärfungen zwingen viele Familien geradezu diesen Weg zu gehen, in dem eine/r arbeitet und der/die andere zuhause bleibt.

Eine Lösung des Problems läge in einer Veränderung des Arbeitsmarktes: Arbeitsbedingungen müssen den Bedürfnissen der Menschen (auch den Menschen mit Kindern) angepasst werden.

Daraus folgt für uns: Da der Sexismus (also die Geschlechterdiskriminierung) vielfältige Ursachen hat, muss sich auch der Kampf für Gleichberechtigung gegen mehrere Ziele richten und darf Sexismus nicht als Nebenwiderspruch einer einzelnen Ursache begreifen.

Anarchosyndikalistische Perspektiven

Eine der Grundüberzeugungen der FAU ist es, dass alle Unterdrückungsformen des Menschen durch den Menschen beseitigt werden sollen. Dazu ist es nötig, dass alle Menschen gleichermaßen über die Mittel der materiellen Produktion verfügen, alle die gleiche Entscheidungs-befugnis und auch -notwendigkeit haben. Die Selbstorganisation der Betroffenen ist Voraussetzung für diesen Prozess, der darauf zielt, die gesellschaftliche Kontrolle zu erlangen. Gleichzeitig ist diese Selbstorganisation immer auch schon ein Modellbild für die neuen Strukturen, die mit ihr erkämpft werden sollen.

Aber klar ist dabei für uns auch: Sexismus wird nicht als nachgeschaltetes, also zweitrangiges, Problem betrachtet (in der linken Diskussion gerne als „Nebenwiderspruch“ bezeichnet), das bis zur Beseitigung des Kapitalismus außer Acht gelassen werden kann und sich dann womöglich von alleine in Luft auflösen würde. Also muss die Bekämpfung des Sexismus hier und jetzt immer auch Teil der politischen Arbeit sein.

Die grundlegende Perspektive zum Rollenbild ist dabei für uns, dass Jede/Jeder ihre/seine Rolle so gestalten kann, wie sie/er es selber will. Darüber hinaus geht es darum, die Unterschiede zwischen häuslicher Reproduktionsarbeit und externer Lohnarbeit zu beseitigen, vor allem durch gesellschaftliche Organisationsformen, die die letztere durch andere, freie Formen des Produzieren und Erwirtschaften ersetzen. Konkrete, kurzfristige Ansätze dazu sehen wir außer in den klassischen Politikbereichen in der Überwindung der heute üblichen isolierten Kleinfamilien-Strukturen, z.B. durch:

- Ein umfangreiches „öffentliches“ Betreuungsangebot für Kinder zur Entlastung der Eltern, als Ausdruck davon, dass die Betreuung der Kinder als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen wird und nicht als Privatvergnügen bzw. -Pflicht der Eltern.
- Eine Förderung der Unabhängigkeit aller Familienmitglieder, um Familien als „Zwangsgemeinschaften“ aufzuheben, z.B. durch:
- Ein flexibles Wohnangebot an Kinder und Jugendliche, das auch Zwischenstufen zwischen reinem Familien- und Heimleben ermöglicht und so die jüngere Generation aus der totalen Abhängigkeit von der eigenen Familie löst.
- Eine flexible Kinderbetreuung zur Entlastung der Eltern, anstatt des bisherigen starren Kita-Systems, in dem weitgehend feste Betreuungszeiten üblich sind und das sich ganz klar darauf beschränkt, Kinder während der elterlichen Arbeitszeit aufzunehmen.

Aber: Es soll keine Zwangskollektivierung der Eltern-Kind-Beziehung erfolgen, alle Möglichkeiten sollen der freien Gestaltung des Zusammenlebens durch die Betroffenen dienen und eben nicht nur ein neues Idealbild als Zwangsmodell etablieren.

Zusätzlich müssen auch die Arbeitsbedingungen von Eltern an die Bedürfnisse von Eltern und Kindern angepasst werden. Es muss neben dem Ende einer Zwangskollektivierung die Möglichkeit zur selbstgewählten Nähe von Eltern und Kindern geben: Es geht um Selbstbestimmung!

Auch wenn viele der aufgeführten Ideen momentan noch Utopie sind, so gibt es auch schon praktische Ansätze dazu. Die FAU versucht intern, jede Diskriminierung bereits in den Strukturen zu bekämpfen:

- Es gibt keine Funktionär/innen, nur Aufgabenübernahme auf Zeit, wo sie organisatorisch notwendig ist.
- Es gibt keine geschlechtsspezifischen Aufgaben.
- Es wird versucht, eine ständige Auseinandersetzung mit dem Thema Sexismus und Gender zu führen. Als Beispiel dazu gab/gibt es die AG „FAU sucht Frau“, die sich mit der Situation von Frauen in der FAU und Sexismus in den eigenen Reihen auseinandersetzt und dieses dann auch in die Gesamtgruppe trägt. Leider ist diese momentan nicht aktiv. (Ein weiteres Beispiel ist auch dieser Text und die Veranstaltungsreihe, die ihn veranlasst hat.)

Darüber hinaus gibt es in der Basisarbeit der FAU besondere Unterstützung bei geschlechtsspezifischer Diskriminierung, als so genannte „affirmative action“ (= positive Diskriminierung zum Ausgleich der sonst herrschenden Verhältnisse). Ein jüngeres Beispiel dafür ist eine Genossin in Spanien, die wegen ihrer durch Mutterschaft begründeten beruflichen Einschränkungen schikaniert und entlassen wurde. Die FAU unterstützte dabei bundesweit durch direkte Aktionen den Protest der spanischen CNT gegen den Arbeitgeber PLUS.

Notwendig für die FAU ist es, mehr Frauen zur Mitarbeit in der FAU zu bewegen, denn auch bei uns sind Frauen in der Minderheit. Entsprechend bemühen wir uns, nicht wie sonst üblich den „männlichen Vollzeit-Lohnarbeiter“ als Normalfall zu behandeln und alles andere als Ausnahme, die in Extra-AGs abgehandelt wird. Lohnarbeiter, Jobber, Hausfrauen (und -männer) und alle anderen Formen heutiger Lebensrealität sollen bei uns gleichberechtigt Raum haben und dabei ihre speziellen Probleme als Thema der ganzen Gruppe und nicht als Minderheitenproblem behandelt werden. Konkret auf Frauen als Gruppe bezogen, bedeutet dieses für uns, frauenspezifischen Themen entsprechend Raum zu geben und nicht nur als Frauen-AG zu behandeln, z.B.: Sexuelle Belästigung, Schwangerschaftsurlaub und seine Folgen, Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung, auch als Thema für und von Männern, da auch Männer als zuständig für die Betreuung der Kinder angesehen werden – aber auch alle anderen Themen, die von Frauen in die Gruppe getragen werden. Auch rein organisatorisch versuchen wir Mitarbeit von Frauen (bzw. Eltern allgemein) dadurch zu vereinfachen, dass gegebenenfalls eine gemeinschaftliche Kinderbetreuung geschaffen wird. Das letztere ist aktuell wegen der geringen Kinderzahl in einer lokalen Gewerkschaftsgruppe nicht umsetzbar, aber es wird selbstverständlich akzeptiert, dass Eltern nur unregelmäßig oder im Wechsel teilnehmen.

Eltern brauchen manchmal einfach etwas Akzeptanz der Umgebung (die in linksradikalen Zusammenhängen, wie auch der FAU, meist gegeben ist) und die Fähigkeit/Bereitschaft, innerhalb des kinderbetreuenden Personenkreises für die Einzelnen die entsprechenden Freiräume zu schaffen, abends Gruppentreffen zu besuchen. Dies würde aber ein Umfeld erfordern, dass über die Möglichkeiten einer gewerkschaftlichen Gruppe hinaus geht, z.B. Mitbewohner/innen, auch in anderen Wohnungen im Haus, die sich um die Kinder kümmern, wenn die Eltern gemeinsam unterwegs sind, oder, den Kindern vertraute Einrichtungen, in denen sie auch abends, eventuell über Nacht bleiben können oder einfach eine Nachbarschaftsstruktur, in der sich gegenseitig um die Kinder gekümmert wird.

Ganz allgemein wird dabei die Vereinbarkeit von Familienpflichten und Teilnahme an der politischen Arbeit eben als Aufgabe der Gruppe und nicht der einzelnen Betroffenen gesehen. Denn die Bedürfnisse der Kinder – die auch nicht ignoriert werden sollen – beißen sich eben manchmal damit, gewerkschaftlich aktiv zu sein.

Und als letzten Punkt wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass natürlich gerade bei der Thematik Sexismus gilt, dass jede/jeder einzelne das eigene Verhalten täglich selbstkritisch betrachten muss und gefundene Probleme auch immer wieder thematisiert werden müssen. Dies gilt nicht nur in der Gruppenarbeit, sondern genauso im „Privatleben“.

FAU Ortsgruppe Hamburg, Juni 2006